

Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.)

**Demokratisierung der Streitkräfte  
im Kontext europäischer Sicherheit:  
Tschechische Republik, Rumänien**

Beiträge aus dem Internationalen Fellowship-  
Programm Graf Baudissin (III)

Heft 115  
Hamburg, Mai 1999

## **Inhalt**

*Hans-Georg Ehrhart*

Vorwort 5

*Jaromir Kafka*

Elemente der demokratischen Entwicklung der  
tschechischen Streitkräfte 9

*Cristian Scarlat*

Militär und Gesellschaft im Rahmen der Reform der  
rumänischen Streitkräfte 35



## Vorwort

Im März 1999 erfolgte die zweite NATO-Erweiterung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Neun Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurden im Rahmen des fünfzigjährigen Jubiläums der Nordatlantischen Allianz Polen, die Tschechische Republik und Ungarn als neue Mitglieder aufgenommen. Über die politische Bedeutung dieses Schrittes ist viel und kontrovers diskutiert worden. Pro- und contra-Argumente verliefen in den Mitgliedstaaten quer durch die Parteien. Die politische Klasse Rußlands lehnt diesen Schritt ab, während andere Staaten Mittel- und Osteuropas lieber heute als morgen den drei neuen Mitgliedern folgen würden.<sup>1</sup> Das IFSH hat im Laufe dieser Debatte in einem Positionspapier geraten, die NATO-Osterweiterung als Chance zu nutzen, um Sicherheit in einem ungeteilten Europa zu erreichen.<sup>2</sup>

Ob diese Chance in einem längerfristigen Prozeß genutzt werden kann, ist noch nicht absehbar. Offensichtlich ist allerdings erstens, daß die NATO ihre Struktur und ihre Funktion verändert. Zweitens ist Europa mit ethnischen Konflikten konfrontiert, ohne über eine kohärente Politik und ein breitgefächertes Instrumentarium zu deren Bearbeitung zu verfügen. Insofern bleibt es insbesondere in der südöstlichen Krisenregion auf die NATO angewiesen.<sup>3</sup> Drittens bietet die 1994 gleichzeitig mit dem Grundsatzbeschluß zur Osterweiterung ins Leben gerufene Initiative „Partnerschaft für den Frieden“, an der mittlerweile 27 Länder (plus NATO-Mitglieder) teilnehmen, die Möglichkeit, die sicherheitspoliti-

- 
- 1 Vgl. dazu August Pradetto (Hrsg.), Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen 1997.
  - 2 Vgl. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Sicherheit in einem ungeteilten Europa. Die NATO-Osterweiterung als Chance nutzen, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 20/1997, Hamburg, März 1997.
  - 3 Vgl. dazu Hans-Georg Ehrhart/ Albrecht Schnabel (Eds.), The Southeast European Challenge: Ethnic Conflict and the International Response, Baden-Baden 1999.

schen Normen und Standards anzunähern und damit die Voraussetzung für die Gewährleistung kooperativer Sicherheit zu verbessern.

Ein wesentlicher Aspekt von PfP ist die zivile Kontrolle der Streitkräfte in den Partnerstaaten. Sie ist auch Voraussetzung für eine künftige Mitgliedschaft in der NATO. Zivile Kontrolle umfaßt verschiedene Aspekte wie Transparenz des Verteidigungsbudgets, Offenlegung der Militärdoktrin und vor allem Berücksichtigung des Primats der Politik. Angesichts der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa besteht für die Streitkräfte aus diesen Regionen ein Orientierungsdefizit, das es notwendig macht, diesen Ländern dabei zu helfen, ihre Streitkräfte „demokratiegerecht“ umzubauen. Gleichzeitig müssen sie für die europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu einem Zeitpunkt befähigt werden, wo sich das westliche Militär selbst in einem z.T. radikalen Wandlungsprozeß befindet.<sup>4</sup>

Das von der Volkswagen-Stiftung finanzierte „Internationale Fellowship-Programm Graf Baudissin“ des IFSH will einen Beitrag dazu leisten, indem es vorrangig Offiziere aus Mittel- und Osteuropa, aber auch zivile Angehörige der jeweiligen Ministerien und angeschlossener Forschungseinrichtungen mit den Grundsätzen demokratischer Streitkräfte und ihrer Einbettung in ein neues europäisches Sicherheitsgefüge vertraut macht. In dieser dritten Folge mit Beiträgen aus dem Fellowship-Programm werden zwei weitere Analysen vorgelegt, dieses Mal von Offizieren aus der Tschechischen Republik und aus Rumänien.<sup>5</sup>

Jaromir Kafka befaßt sich mit verschiedenen Aspekten der Einbindung der tschechischen Streitkräfte in die noch junge tschechische Demokratie. Er skizziert vor dem Hintergrund der spezifischen historischen Voraussetzungen seines Landes und der neuen sicherheitspolitischen Bedingungen in Europa den Wandel des Professionalismus in der tschechischen Armee, die Wehrpflicht und das Mobilmachungssystem, Fragen

---

4 Vgl. Marie Vlachová (Ed.), *The European Military in Transition. Armed Forces in Their Social Context*, Baden-Baden 1998.

5 Vgl. zu den vorherigen Beiträgen Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), *Demokratisierung der Streitkräfte im Kontext europäischer Sicherheit: Rumänien, Slowakei, Ukraine*; *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Heft 110/1998 und die Literaturangaben auf S. 6.

der Führung und Leitung, der Personalpolitik und Ausbildung sowie der Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Nachdem der erste rumänische Baudissin-Fellow, Augustin Vaduva, sich letztes Jahr mit den inneren und äußeren Voraussetzungen rumänischer Sicherheit auseinandergesetzt hat, konzentriert sich Cristian Scarlat auf das Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft in seinem Land. Er analysiert die Verfassung, die institutionellen Vorkehrungen zur Sicherung des Primats der Politik, das Verhältnis zwischen Streitkräften und öffentlicher Meinung sowie die Anbindung an die Zivilgesellschaft.

Beide Aufsätze geben einen ersten Einblick in den jeweiligen Stand der Entwicklung des Verhältnisses von Militär und Gesellschaft. Sie zeigen Erreichtes, Defizite und Perspektiven auf. Einig sind sich die Autoren darin, daß, erstens, der Reformprozeß weitergeführt werden muß und nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden darf. Zweitens handelt es sich um einen langfristigen Prozeß, der durch die Einbindung in die euro-atlantischen Strukturen abgestützt werden sollte. Schließlich müssen die spezifischen nationalen Bedingungen und Traditionen berücksichtigt werden.

Jaromir Kafka<sup>\*</sup>

**Elemente der demokratischen Entwicklung der tschechischen  
Streitkräfte**

\* Oberst i.G. Jaromir Kafka ist Direktor der Abteilung für Verteidigungspolitik und Strategie im Verteidigungsministerium der Tschechischen Republik.

## *Inhalt*

1.	Einleitung	13
2.	Demokratisierung von Gesellschaft und Streitkräften	14
3.	Lage	17
3.1	Die Tschechische Republik und die neue Sicherheitslage	17
3.2	Die neue Form der Friedenssicherung	21
4.	Konzeptionelle Schritte	22
4.1	Der Wandel des Professionalismus in der Armee	22
4.2	Wehrpflicht und Mobilmachungssystem	26
4.3	Führung und Leitung	28
4.4	Personalpolitik, Ausbildung und Sozialwesen	30
4.5	Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit	32
5.	Ausblick	34

## 1. *Einleitung*

Die tschechische Gesellschaft und die tschechischen Streitkräfte befinden sich seit der sanften Revolution im Wandel vom Sozialismus zur Demokratie. Allerdings ist die sozialistische Denkweise so tief im Bewußtsein der Menschen verankert, daß sich die Transformation der Tschechischen Republik wahrscheinlich über eine Generation hinziehen wird.

Infolge der geänderten Rahmenbedingungen seit dem Ende des Kalten Krieges bieten sich nunmehr insbesondere in Europa realistische Chancen für den Aufbau vollkommen neuer Sicherheitsstrukturen. Dies trifft auch auf die Tschechische Republik zu. Die gegenwärtige tschechische Außen- und Sicherheitspolitik orientiert sich an der Tradition der Gewaltlosigkeit. So hat der tschechische Staat in seiner tausendjährigen Vergangenheit nie Gebietsansprüche erhoben; die Diplomatie hat stets über die Gewalt gesiegt. Heute orientiert sich Tschechien ohne Ausnahme an der VN-Charta und unterstützt den Friedensprozeß in der ganzen Welt gemäß seiner Möglichkeiten.

Die Friedlichkeit der tschechischen Gesellschaft spiegelt sich in ihren Streitkräften wider. Der letzte Kampfeinsatz erfolgte zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Während der dreihundertjährigen Herrschaft der Habsburger bereiteten die Streitkräfte sich zwar auf den Schutz des Staates vor, die eigenständige Verteidigung Tschechiens konnten sie jedoch erst sehr viel später übernehmen. Aufgrund dieser historischen Situation können die Streitkräfte nur auf eine äußerst kurze Tradition zurückblicken, was im Zuge des Aufbaus einer neuen Gesellschaft mehr Probleme aufwirft, als auf den ersten Blick ersichtlich ist.

Demokratische Prinzipien sind im heutigen Tschechien nach über 40 Jahren der sozialistischen Herrschaft fast ganz verschwunden, obwohl sie bereits in der Vergangenheit in vielen Gesetzen und dienstlichen Vorschriften sehr prägnant beschrieben wurden. Diese Vergangenheit wirkt sich bis heute dahingehend aus, daß die neuen demokratischen Prinzipien von der Bevölkerung und besonders von den Staatsbeamten

nicht ernst genug genommen werden, was ihre Durchsetzung naturgemäß erschwert.

Die vorliegende Arbeit soll den Weg Tschechiens zu Pluralismus und Demokratie aufzeigen. Im folgenden werde ich mich nur auf die wichtigsten demokratischen Elemente in Gesellschaft und Streitkräften konzentrieren.

## 2. *Demokratisierung von Gesellschaft und Streitkräften*

In der Geschichte Europas gab es keinen einzigen Zeitpunkt, zu dem keine Kriege geführt wurden. Gewalt hat über die Diplomatie fast immer den Sieg davongetragen; die Geschichte Europas muß daher als eine Geschichte der Gewalt angesehen werden. Auch die Streitkräfteentwicklung ist ein Spiegelbild der jeweiligen Machtverhältnisse wie der politischen Verhältnisse. Erste Reformansätze zu Beginn des 19. Jahrhunderts blieben ohne Konsequenzen. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellten sie eine Verbindung zwischen Demokratie und Streitkräften her.

Die sanfte Revolution, die den Systemwechsel in der Tschechoslowakei unblutig einleitete, war für den sozialistischen Staat die einzige Möglichkeit, das politische System umzuwandeln, demokratische Prinzipien einzuführen und eine Annäherung an die westlichen Demokratien zu suchen. Nach der ersten Begeisterung des Volkes kam für viele die unangenehme Überraschung, daß die Menschen auch selbst etwas zur Demokratie beitragen müssen. Die ersten zwei, drei Jahre nach der Revolution waren die Menschen durchaus dazu bereit, den Gürtel enger zu schnallen, aber die Politiker haben diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen. Als großer Fortschritt ist jedoch die Annahme einer neuen Verfassung zu werten, die der tschechischen Gesellschaft den Weg in die Zukunft weisen soll.

Politische Rivalitäten zogen die Trennung der Tschechoslowakei in zwei souveräne, unabhängige Staaten - die Tschechische Republik und die Slowakische Republik - nach sich. Diese Trennung geht in erster Linie

auf den slowakischen Nationalismus und die Separatismusideologie der slowakischen Spitzenpolitiker zurück. Der slowakische Durchschnittsbürger weiß wahrscheinlich bis heute nicht, warum die Trennung für die politischen Repräsentanten der Slowakei eine derart große Bedeutung hatte. Im Bereich des Militärwesens hat die Trennung zum einen zwar die Demokratisierung der Streitkräfte verzögert, zum anderen jedoch die Ausrichtung auf die westeuropäischen Militärstrukturen erleichtert. Die Streitkräfte Tschechiens befinden sich seit 1990 in einem permanenten Wandel; zunächst gab es noch keine klare Perspektive, inzwischen erfolgt die Orientierung jedoch an dem gewünschten NATO-Beitritt.

Das Erbe des sozialistischen Systems spielt bis heute eine wichtige Rolle. Das gilt schon für die Allgemeinheit, verstärkt jedoch für die Staatsverwaltung - darunter insbesondere auch den militärischen Bereich. Das Bewußtsein der Tschechen ist nach wie vor durch die sozialistische Vergangenheit geprägt: Mehrere Generationen wurden nach sozialistischen Grundsätzen erzogen. Die Überwindung des sozialistischen Erbes dürfte sich über mehrere Generationen hinziehen.

Auch in der Armee ist die Situation nicht anders. Die Personalzahlen sinken, insbesondere junge Leute mit guten Perspektiven, darunter vor allem Offiziere, verlassen die Armee. Dieser unregelmäßige Prozeß wird auch in Zukunft anhalten. Ein weiteres Problem, das die Streitkräfteentwicklung beeinflußt, ist die zivile Kontrolle der Armee. Seit Beginn der Demokratisierung stehen die Streitkräfte zwar unter ziviler Leitung, die ersten Führungspersonen waren jedoch nicht speziell auf diese Tätigkeit vorbereitet. Ihre Entscheidungen trugen daher oft politische Untertöne; Fachwissen wurde ignoriert. Es gibt bis heute keine Fachinstitutionen, die solche Spitzenkräfte ausbilden könnten. Traurige Wahrheit ist auch, daß es bei zehn Verteidigungsministern in neun Jahren fast unmöglich ist, Mitarbeiter langfristig und systematisch einzuarbeiten.

Die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte verbessert sich jedes Jahr. Der Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit trifft sich in regelmäßigen Abständen und leistet gute Arbeit. Bis heute wurde in der tschechischen Verfassung jedoch keine Institution geschaffen, die der

eines Wehrbeauftragten entsprechen würde. Die Kontrolle des Verteidigungsressorts obliegt dem Verteidigungsminister. Teilweise erfolgt die zivile Kontrolle auch durch die Vizeminister. Sie sind u.a. verantwortlich für die folgenden Bereiche: Personalwesen, Ökonomie, Finanzwesen und Außenkontakte. Weitere zivile Kontrollen sollen über die Zivilbehörde sowie Beamte und Angestellte des Ministeriums erfolgen. In der Regel sind diese Personen jedoch ehemalige Offiziere, so daß ihre Unparteilichkeit nicht gesichert ist.

Eine äußerst negative Rolle bei der Entwicklung der Streitkräfte hat bislang die Gesetzgebung gespielt. Auch nach sieben Jahren hat es die Regierung noch nicht geschafft, die wichtigsten Gesetze in bezug auf die Streitkräfte durchzusetzen. Bislang gibt es nur teilweise novellierte alte Gesetze, die die Tätigkeit der Armee zwar nicht direkt behindern, aber auch keine neuen Lösungen anbieten. Die Staatsbürokratie, die schleppende Gesetzgebung und Regierungswechsel sind dafür verantwortlich, daß die Tschechische Republik kurz vor ihrem NATO-Beitritt noch immer keine klaren Regeln im Militärbereich vorweisen kann. Die Tschechische Republik besitzt bis heute auch keine aktualisierte Militärdoktrin. Eine Nationale Sicherheits- und Militärstrategie liegt zwar schon seit mehreren Monaten vor, wurde bislang jedoch weder diskutiert noch beschlossen.

Da die wichtigsten Dokumente fehlen, fand auch keine Überarbeitung der Dienstvorschriften statt. Etliche Dienstvorschriften wurden zwar neu gefaßt, der Inhalt, der außer schönen Formulierungen keinen demokratischen Gehalt erkennen läßt, erinnert jedoch stark an die alten sozialistischen Vorbilder. Die Vorschriften sind zahnlos und rufen Erinnerungen an vollmundige Phrasen der sozialistischen Zeiten wach. Ihr Inhalt hängt davon ab, ob sie von Personen verfaßt wurden, die mit den alten Zeiten nichts zu tun haben bzw. im Ausland studiert haben, oder von Autoren, die noch aus dem alten Regime stammen.

Alles dies verringert die Chancen der Tschechischen Republik, sich in relativ kurzer Zeit den demokratischen Staaten anzunähern, demokratische Prinzipien in den Streitkräften einzuführen und eine neue Genera-

tion von Kommandeuren, Offizieren und leitenden Persönlichkeiten heranzubilden.

### 3. *Lage*

#### 3.1 *Die Tschechische Republik und die neue Sicherheitslage*

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa resultierte in einer vollkommen neuen sicherheitspolitischen Situation. Die Auflösung des Warschauer Paktes veränderte v.a. das Kräfteverhältnis auf dem europäischen Kontinent: Die ökonomischen Probleme Rußlands schwächten die Kampfbereitschaft der russischen Streitkräfte so stark, daß Rußland auf dem internationalen Parkett inzwischen nicht mehr aus einer Position der Stärke heraus auftreten kann. Die Umorientierung der ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und das Bestreben dieser Staaten, in die NATO aufgenommen zu werden, isolierte Rußland von Anfang an international. Schon nach kurzer Zeit entwickelte die NATO daher verschiedene Projekte mit dem Ziel, seine Isolation zu vermeiden, und je nach Lage auch die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit mit allen Nicht-NATO-Staaten zu ermöglichen.

Die neue geostrategische Lage war die bedeutsamste Änderung der sicherheits- und militärpolitischen Bedingungen seit Gründung der NATO und des Warschauer Paktes. Das Ende der bipolaren Weltordnung verringerte die Wahrscheinlichkeit des Entstehens globaler oder regionaler Konflikte zumindest über einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren hinweg auf ein Minimum. Das Ende der bipolaren Weltordnung war jedoch auch gleichbedeutend mit einer Änderung der sicherheits- und militärpolitischen Bedrohungen Europas: Heute sind unmilitärische und teilmilitärische (gemischte) Bedrohungen wie Massenmigration, BC-Waffen-Terrorismus, Natur- und Industriekatastrophen eher zu erwarten als klassische militärische Bedrohungen.

Der Charakter dieser Risiken bedeutet auch für die Streitkräfte eine Änderung ihres Auftrags, auf die die Armeen Europas noch nicht um-

fassend genug vorbereitet sind. Die Zeiten eines massenhaften Einsatzes von Soldaten und gepanzerter Technik sind vorbei. Das zeigten schon der Golfkrieg und der Beginn des Bosnienkrieges, wo der konventionelle Krieg nur kurze Zeit dauerte.

Die 90er Jahre haben - im Hinblick auf die oben beschriebenen Risiken und Konflikte - die Stichhaltigkeit des NATO-Strategie-Konzepts von 1991 bewiesen. Die internationale Rolle der Streitkräfte hat sich bedeutend vergrößert, die Philosophie des *peacemaking* und *peacekeeping* scheint auch langfristig realistisch zu sein. Die Zusammenarbeit der Streitkräfte bei Konflikten außerhalb von NATO-Staaten bietet die beste Gelegenheit, Konflikte schon im Anfangsstadium einzudämmen oder Konfliktparteien durch diplomatische Vermittlungsversuche oder unblutige Lösungen zu trennen und zurückzuhalten.

Die tschechischen Streitkräfte haben sich trotz der Umstrukturierungen in ihrem Bereich in den letzten Jahren an zahlreichen Auslandseinsätzen beteiligt. Der Einsatz im Golfkrieg war historisch gesehen erfolgreich, allerdings muß man zugeben, daß die ersten Erfahrungen der tschechischen Armee ein organisatorisches Debakel waren. *Alles Schlechte ist gut für die Zukunft* - so lautet ein tschechisches Sprichwort. Nach dem ersten organisatorischen Schock hat sich die tschechische Armee jedoch auch weiterhin an einem breiten Spektrum internationaler Einsätze beteiligt. Insbesondere bei Missionen wie UNPROFOR, UNCRO, UNOMIL, UNOMIG, UNTAES, UNMOP, UNPREDEP, UNGCI und den OSZE-Missionen in Berg-Karabach, Georgien, Moldawien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina haben die tschechischen Streitkräfte wertvolle internationale Erfahrungen sammeln können. Zur Zeit sind die tschechischen Beobachter so gut eingearbeitet, daß sie den internationalen Auftrag haben, neue Beobachter aus der ganzen Welt zu schulen.

Der langfristige Einsatz des tschechischen mechanisierten Bataillons und der Hubschraubereinheit in Bosnien hilft nicht nur der internationalen Gemeinschaft bei der Bewahrung des Friedens im Krisenbereich des Balkans. Die tschechische Armee faßt diese Mission als die beste Gelegenheit auf, von der Praxis zu lernen. Unter der Führung der britischen

und kanadischen Kommandos nutzt sie die Möglichkeit, den Kampfeinsatz ihrer Einheiten und Verbände zu üben und die Kampffähigkeit ihrer Truppen zu überprüfen.

Vor allem die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten vermittelt dem Demokratisierungsprozeß in den tschechischen Streitkräften wie auch in der Gesellschaft selbst viele positive Impulse. Durch diese Beiträge gehört die Tschechische Republik zu denjenigen Staaten, die äußerst intensiv nach einer demokratischen Entwicklung in ganz Europa streben und ihren Teil zur kollektiven Sicherheit beitragen.

Das strategische Konzept von 1991 ist bereits überholt; derzeit arbeitet die NATO an einem neuen Konzept, das den heutigen Bedingungen besser angepaßt ist. Die strategische Lage, in der die NATO bis 1991 operieren mußte, hat sich inzwischen v.a. in Europa geändert. Durch das Ende des Kalten Krieges bietet sich hier die Möglichkeit, ein qualitativ neues Sicherheitssystem zu begründen. Die aktive Rolle der NATO hat zum Entstehen einer neuen Sicherheitsumwelt im euroatlantischen Gebiet beigetragen; die NATO sollte ihre Bemühungen in diesem Bereich fortsetzen.

Trotz der positiven Entwicklung insbesondere in Mittel-, Ost- und Südosteuropa existiert eine Vielzahl potentieller Risiken. Diese Probleme müssen von den internationalen Organisationen dringend gelöst werden. Im Zusammenhang mit der starken Bosnienpräsenz ist zu erwarten, daß die Allianz sich als effektivste militärische Organisation im internationalen Krisenmanagement erweisen wird.

Der tschechische Beitrag zur Realisierung des neuen strategischen NATO-Konzepts kann in verschiedenen Bereichen erfolgen. Die Größe des Beitrags wird sich dabei je nach dem Potential Tschechiens verändern, langfristig wird sich Tschechien in dieser Hinsicht vielleicht sogar dem Niveau der westeuropäischen Staaten annähern. Im politischen Bereich ist die Ausdehnung der (west-)europäischen Stabilität und Sicherheit zum Osten hin zu erwarten. Weiter geht es um die aktive Durchsetzung der Allianzpolitik in der mitteleuropäischen Region sowie auch in denjenigen Staaten, die - zumindest auf absehbare Zeit - keine NATO-

Mitglieder werden. Teilweise ermöglicht ein tschechischer NATO-Beitritt die Verstärkung der europäischen NATO-Säule und eine verstärkte aktive Mitarbeit Tschechiens an weiteren Organisationen des Systems der internationalen Sicherheit, v.a. im Rahmen von OSZE, VN und WEU. Weiter können die tschechischen Erfahrungen mit dem NATO-Beitritt im Euroatlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) und im Programm Partnership for Peace (PfP) für die zukünftigen NATO-Mitgliedstaaten genutzt werden. Die Tschechische Republik ist dazu bereit, bei der Umsetzung des Vertrages über gemeinsame Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit mit der Russischen Föderation und der Ukraine aktiv mitzuarbeiten.

Der tschechische Beitrag wird stark beeinflusst vom nationalen Wirtschaftswachstum. Ein Wirtschaftswachstum würde langfristig eine erhöhte Beteiligung Tschechiens an der ökonomischen Stärke der Allianz ermöglichen. Weiter ist mit dem wissenschaftlichen Potential und der Forschungsbasis der Tschechischen Republik im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der Allianz zu rechnen.

Im Militärbereich bedeutet der tschechische Beitritt eine allgemeine Erhöhung des Kampfpotentials in einigen Bereichen wie der ABC-Aufklärung, der medizinischen Unterstützung, bei Friedensoperationen etc. Der Beitrag ermöglicht durch den Rückgriff auf die tschechischen Erfahrungen bei der Krisenlösung, Friedensoperationen und Beobachtungsmissionen auch eine verbesserte Vorbereitung der Allianzkräfte. Die Tschechische Republik ist dazu bereit, eigene Übungsplätze einzurichten, unterschiedliche fachliche Lehrgänge zu organisieren und der Allianz die Infrastruktur der Armee anzubieten. Auch die Rüstungsindustrie Tschechiens kann in einigen Bereichen schrittweise zu einer Erhöhung des technologischen Niveaus der NATO-Streitkräfte beitragen.

Alle diese Vorschläge werden zur Zeit nicht nur im NATO-Hauptquartier oder bei SHAPE diskutiert, sondern auch im tschechischen Verteidigungsministerium. Die Beteiligung der NATO-Beitrittsstaaten an diesen Diskussionen hält die kleine Tschechische Republik für ein wichtiges demokratisches Prinzip zukünftiger Mitgliedschaft in der Allianz.

### 3.2 *Die neue Form der Friedenssicherung*

Aus den vorangegangenen Kapiteln wird ersichtlich, daß der Auftrag des Militärs gerade im diplomatischen Bereich reformiert werden muß. Die wachsende Bedeutung der Diplomatie schon in der Bedrohungsphase oder während der Spannungseskalation ist ein wichtiges Element derzeitiger Politik. Die Demonstration der Stärke und die Abschreckung des potentiellen Gegners oder Aggressors zeigt sich als sehr effektives Mittel, um mehr Zeit für diplomatische Missionen und Friedenslösungen zu gewinnen.

Die Reform der Militärorganisation, Truppengliederung und Ausrüstung der NATO-Staaten entsprechend ihrer neuen Aufgaben geht stetig vorstatten. Für die Zukunft bedeutet die vollkommen neue Gliederung der Streitkräfte in allen beteiligten Staaten für den Beitrag der NATO zur gesamten Verteidigung und Abschreckung sehr viel. Nahezu alle europäische Armeen wiesen bis zum heutigen Tage eine Organisationsstruktur und Ausrüstung auf, die weitgehend der Konfrontationspolitik des Kalten Krieges entspricht. Mit dem neuen NATO-Konzept von 1991 kam es zu teilweisen Veränderungen, das Gros der Truppen ist jedoch v.a. im europäischen Bereich dem ehemaligen Auftrag entsprechend ausgestattet geblieben. Auch die neu entwickelte Taktik und Strategie kann an dieser Tatsache nichts ändern. Viele Schwierigkeiten lassen sich auch im Bereich der logistischen Unterstützung beobachten. Die Einsätze in Somalia und Bosnien haben gezeigt, daß die logistische Betreuung schwerer Verbände erheblich komplizierter ist als der Einsatz leicht beweglicher und leicht ausgerüsteter Truppen.

Seit dem Golfkrieg zeigt sich ein Rückgang massiver Truppeneinsätze; an Bedeutung gewinnen leicht ausgerüstete und hochgradig mobile Einheiten und Verbände. Der Einsatz effizienter Waffensysteme und die Verwendung modernster Kommunikationsmittel bei der Führung kleiner Einheiten bilden heute bereits die Basis für die weitere Entwicklung der Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der Mensch. Durch die angestrebte Verkleinerung der Streitkräfte steigt

die Bedeutung jedes einzelnen Soldaten in Verbindung mit der technischen Entwicklung erheblich. Intelligente Waffentechnik und unübersichtliche Kampffelder stellen hohe Ansprüche an alle Beteiligten. Dies erfordert nicht zuletzt auch Veränderungen bei der Rekrutierung, Bildung und Ausbildung der Soldaten, auf die im folgenden noch näher eingegangen wird.

Sind die Staaten, ihre Industrie, Wirtschaft und Politik auf einen derartigen Wandel überhaupt eingestellt? Auf die demokratischen Länder trifft dies mit Sicherheit zu, allerdings dürfte der Wandel keine Frage von Jahren sein, sondern sich über einen längeren Zeitraum hinweg erstrecken. Angesichts abnehmender militärischer Bedrohungsperzeptionen sind die Gesellschaften der betroffenen Staaten wahrscheinlich nicht dazu bereit, gewaltige Summen für die zukünftige Sicherheit ihres Staates auszugeben, auch wenn die Rüstungsindustrie zweifellos dazu fähig wäre, die fraglichen Komponenten für die moderne Kriegsführung in absehbarer Zeit zu entwickeln und herzustellen. Die Rüstungslobby drängt weltweit auf die ständige Weiterentwicklung der Waffensysteme, was zu nicht unerheblichen Belastungen der Staatshaushalte führen kann.

Trotz alledem ermöglicht das Umdenken in der Sicherheitspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges eine relativ kostengünstige Lösung der damit verbundenen Probleme. So bietet der Abschied von der Politik der nationalen Verteidigung, wie er sich in den westlichen Industriestaaten beobachten läßt, die Möglichkeit, eine Strategie der kollektiven Verteidigung zu verfolgen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts tragen Faktoren wie die Kommandokoordination, gemeinsame Militärübungen, *National Host Support* oder auch internationale Einsätze bei gleichzeitiger Koordinierung der Außenpolitik zur Erhöhung der internationalen Sicherheit bei.

#### 4. *Konzeptionelle Schritte*

##### 4.1 *Der Wandel des Professionalismus in der Armee*

Die tschechischen Streitkräfte befinden sich seit 1990 in einem Zustand permanenten Wandels. Dabei wirkt sich die Demokratisierung der Gesellschaft auch auf die Streitkräfte aus. Demokratisierung ist zwar nicht einfach gleichbedeutend mit dem Übergang der tschechischen Gesellschaft zu westeuropäischen Standards. Auf der Haben-Seite stehen für Tschechien dabei jedoch Traditionen aus der Zeit der ersten Republik, die den Transformationsprozeß beschleunigen können, und eine relativ moderne Industriebasis. Des weiteren dürfte sich das hohe Bildungs- und Ausbildungsniveau im Zuge eines schnellen Erreichens des westeuropäischen Niveaus in Gesellschaft und Armee als vorteilhaft erweisen.

Die deutlichsten Änderungen lassen sich im Bereich der Armeeverkleinerung beobachten. In der Tschechoslowakei betrug die Armeestärke über 200.000 Mann, nach der Trennung befanden sich zu Beginn des Jahres 1993 immerhin noch 120.000 Soldaten in der Tschechischen Republik. Eine derart starke Armee bei lediglich zehn Millionen Einwohnern kann allein schon aus Rekrutierungs- und Haushaltsgründen nicht unterhalten werden. Bis 1996 existierte zwar ein mittelfristiges Programm zur Reduzierung der Streitkräfte auf 70.000 Mann, dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Anfang 1997 waren die Streitkräfte immer noch knapp 80.000 Mann stark, zudem hatte sich an den Strukturen nichts geändert. Die Reduzierung wurde nicht nach festen Regeln durchgeführt, aus der Armee traten insbesondere die jungen und aussichtsreichsten Kandidaten aus. Auch personelle Umgruppierungen fanden nicht statt (vgl. Tabelle).

Zustand am	Generäle	Offiziere	Feldwebel	Unter-offiziere o.P.	Zeit- und Berufssoldaten	Zivillisten	Wehrpflichtige	Gesamt
1.01.93	49	27.267	19.625	108	38.049	25.280	68.630	131.959
1.01.94	39	23.592	9.317	334	32.282	23.634	54.326	111.242
1.01.95	30	21.199	8.488	696	30.413	27.726	43.178	101.317
1.01.96	25	18.965	7.822	842	27.654	26.456	36.797	90.907
1.11.97	20	16.147	7.488	1.458	25.113	21.545	32.129	78.787

Gerade an diesem entscheidenden Punkt kollabierte die Personalarbeit. Bis heute verursacht der Generationswechsel innerhalb der Armee in Verbindung mit dem neuen Auftrag große Schwierigkeiten. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß der NATO-Beitritt Tschechiens bis vor kurzem noch alles andere als gesichert war; die vorgeschlagene Neugliederung der Streitkräfte entsprach der damaligen Situation. Es erwies sich als notwendig, eine gleichmäßige Neuverteilung der Streitkräfte in der gesamten Republik vorzunehmen. Die zivile Leitung der Streitkräfte hat ihre Einflußmöglichkeiten dabei jedoch unterschätzt; sie war dem ständigen Druck der alten Offizierselite ausgesetzt. Eine Rekrutierungsplanung fand weitgehend nicht statt, die neuen Gesetze wirkten sich v.a. im Bereich des Wohnungswesens verheerend auf die soziale Lage aus. Es kann also nicht überraschen, daß in der Folgezeit viele Offiziere in die Privatwirtschaft abwanderten.

Die neue Truppengliederung nach dem NATO-System, die Auflösung der Divisionsebene, die starke Reduzierung der Kampftruppen zusammen mit ständig wechselnden Spitzenpolitikern im Verteidigungsbereich zogen große Veränderungen nicht nur im Truppenbereich, sondern auch auf strategischer Ebene nach sich. Eine Kontinuität der Arbeit war so nur selten gegeben, Neuzugänge begannen in der Regel wieder ganz von vorne. Hinzu kam, daß dies alles unter ständigem Finanzdruck geschah und es keine zuverlässige lang- oder mittelfristige Planung gab.

Die tschechischen Streitkräfte mußten in den ersten Jahren nach der Trennung erst Erfahrungen im Bereich der Verteidigungsplanung sammeln; lange Zeit mußten die Verteidigungsausgaben jedes Jahr aufs neue ausgehandelt werden, es existierten weder mittelfristige Haushaltspläne noch Garantien der Regierung. Erst 1997 garantierte die Regierung per Beschluß den Anstieg des Verteidigungshaushaltes bis ins Jahr 2000 hinein.

Dies kann dann auch als wichtigster Schritt hin zu einer systematischen Verteidigungsplanung in allen Bereichen verstanden werden. Gleichzeitig wurde damals bekannt, daß der tschechische NATO-Beitritt keine Illusion bleiben wird. Die von Anfang an umfangreiche Zusammenarbeit mit den NATO-Fachleuten hat inzwischen erste Früchte erbracht. Im

Zuge der NATO-Beitrittsabsicht wurden sicherheits- und militärpolitische Dokumente unterzeichnet, wenngleich deren Absegnung durch die Regierung zum jetzigen Zeitpunkt immer noch aussteht. Seit 1997 rechnet das tschechische Verteidigungsministerium nunmehr fest mit dem Beitritt und mit einem relativ klaren Haushalt. Die neue Planung leidet allerdings nach wie vor unter den Folgen der unregelmäßigen Verteidigungspolitik der vergangenen fünf Jahre.

Die Änderung des Auftrages ermöglicht in den nächsten Jahren eine schrittweise Reduzierung des Personals. Bis 1997 lag der Anteil der Personalausgaben am gesamten Verteidigungshaushalt bei etwa 51 Prozent. Aufgrund dieser hohen Zahl konnten nur knapp 20 Prozent der Haushaltsmittel für Investitionen ausgegeben werden. Infolge der Erhöhung der Investitionsausgaben auf bis zu 30 Prozent ist heute mit einer Beschleunigung bei der Technologieerneuerung zu rechnen. Die tschechischen Streitkräfte planen die Reduzierung der Streitkräfte in den Jahren 2000 bis 2003 auf 60.000 Mann; davon soll das Heer auf etwa 50.000 Mann reduziert werden. Innerhalb von zehn Jahren ist eine weitere Senkung der Personalzahlen auf insgesamt unter 50.000 geplant. Eine solche Reduzierung wäre gleichbedeutend mit der Senkung der Personalausgaben um bis zu 40 Prozent, ohne dabei die Ansprüche der Militärangehörigen senken zu müssen. Umgekehrt ermöglicht diese Entwicklung eine zunehmend bessere Entlohnung des Personals.

Zukünftige Aufgaben im Bereich der gemischten und nichtmilitärischen Bedrohungen erfordern eine andere Sicht des Wehrdienstes als bisher. Die erwarteten Änderungen im Auftrags-, Rüstungs- und Gliederungsbereich ziehen neue Anforderungen an die Dienstlaufbahn des Offiziers- und Unteroffizierskorps nach sich. Die starke Reduzierung des Spitzenmanagements führt zu höheren Anforderungen an die Personalauswahl, Ausbildung und Dienstlaufbahn. Längere Dienstzeiten im Offizierskorps ermöglichen eine qualitativ höherwertige Ausbildung, ein quantitativ erweitertes Unteroffizierskorps wiederum erhöht die Auswahlmöglichkeiten bei Beförderungen und Versetzungen. Im Durchschnitt sollen die Unteroffiziere nunmehr fünf bis zehn Jahre lang dienen und dabei bessere technische Kenntnisse vermittelt bekommen. Statistiken und Umfragen zufolge verpflichtet sich der Einzelne in der Regel für maximal

zehn Jahre. Eine wichtige Rolle wird in nächster Zeit auch die steigende Arbeitslosigkeit spielen. Viele Soldaten betrachten den mittel- und kurzfristigen Wehrdienst als Übergangsfrist, in der sie sich auf die Suche nach einem sicheren Arbeitsplatz begeben.

Für die tschechischen Streitkräfte spielt auch die Frauenfrage eine wichtige Rolle. Bis heute dienen in den Streitkräften viele Frauen, insgesamt etwa sieben Prozent. Frauen dienen in nahezu allen Truppenteilen außer bei der Aufklärung, den Panzertruppen, den mechanisierten Truppen sowie der Artillerie. Die besten Möglichkeiten bieten sich ihnen bei den Fernmeldetruppen, der Luftwaffenunterstützung, den ABC-Abwehr-Truppen, in der Logistik und im Sanitätswesen. In absehbarer Zeit ist ein Anstieg des Frauenanteils auf bis zu 15 Prozent der Zeit- und Berufssoldaten zu erwarten.

#### *4.2 Wehrpflicht und Mobilmachungssystem*

Mittelfristig rechnet man damit, daß die Zahl der Wehrpflichtigen bis zum Jahr 2003 auf unter 50 Prozent aller Soldaten absinken wird. Dies würde eine Zahl von etwas unter 20.000 Wehrpflichtigen pro Jahr bedeuten. Das sinkende Bevölkerungswachstum in den relevanten Jahren entspricht zwar diesen Zahlen, langfristig könnte der Bedarf der Armee dadurch jedoch nicht mehr gedeckt werden. Innerhalb der nächsten 15 Jahre muß dieses Problem gelöst werden.

Die Wehrpflicht ist ein demokratisches Prinzip im Rahmen der Landesverteidigung. Bis zum Ende des Kalten Krieges hat sich die Beibehaltung der Wehrpflicht in den westlichen Demokratien gerade im Zuge der Entwicklung moderner Kampftechniken als unabdingbar erwiesen; einige wenige hochentwickelte Armeen werden an diesem Prinzip auch noch in Zukunft festhalten. Inzwischen wird im Westen jedoch die Frage diskutiert, ob eine Wehrpflicht in den demokratischen Staaten angesichts der einschneidenden Veränderungen im globalen Sicherheitsumfeld überhaupt noch notwendig ist. Die allgemeine militärische Entwicklung, insbesondere die zunehmende Automatisierung und Elektronisierung der Ausrüstung und Ausstattung, ermöglicht angesichts der geänderten Bedrohungen Europas den schrittweisen Abbau der Wehr-

pflicht. Viele sehen die Wehrpflicht nach wie vor als Pflicht des einzelnen Bürgers zur Verteidigung seines Landes an. Derartige pseudotraditionelle Ansichten fallen jedoch in den Bereich der Demagogie. Bis Ende der 80er Jahre haben derlei Äußerungen vielleicht noch einem bestimmten Zweck gedient, heute haben sie jedoch jeglichen Wert eingebüßt.

Als Gegenargumente für die Einführung einer professionellen Armee werden in der Regel Fragen des Mobilmachungssystems und der Kosten ins Feld geführt. Wenn Soldaten dieselben Waffen über einen längeren Zeitraum hinweg bedienen können, entstehen bei der alljährlichen Neuausbildung der Wehrpflichtigen geringere Kosten. Wenn Unteroffiziere auf Zeit durchschnittlich fünf Jahre dienen, verringern sich die Gesamtkosten in diesem Zeitraum um mindestens zwei Fünftel. Die übrigen drei Fünftel verteilen sich wie folgt: ein Fünftel für die Grundausbildung, zwei Fünftel zur Auffrischung und Aufrechterhaltung der Kenntnisse in der restlichen Dienstzeit.

Eine zweite äußerst wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist die Gründung von Reservistenverbänden für alle Dienstgrade und Dienstposten. Je kleiner und effizienter Streitkräfte konzipiert sind, desto mehr vermindert sich auch das Bedürfnis zur Aufrechterhaltung großer Reservistenverbände. Eine professionelle Armee wäre kurz- bis mittelfristig gesehen eine gute Perspektive; sollte sich in zehn Jahren die Lage jedoch ändern und sollte der Rüstungswandel zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sein, könnte sich eine potentiell gefährliche Situation ergeben. Aus diesem Grund sollte die Koordinierung des Gesamtprozesses äußerst sorgfältig gestaltet werden; nicht zuletzt sollte die Verteidigungsplanung im Personal- und im Rüstungsbereich parallel erfolgen.

Diese komplizierte Ausgangslage stellt besondere Ansprüche an den Bereich der Mobilmachung. Ein relativ großes Reservepotential ruft neben hohen Kosten auch hohe Ansprüche an die Bürokratie hervor. Viele Mitglieder der Streitkräfte verhalten sich Veränderungen gegenüber äußerst zurückhaltend; neben der geringen Beweglichkeit der Staatsbürokratie

zeichnet hierfür auch die Furcht der Inhaber hochrangiger Posten vor einer Veränderung des Status quo verantwortlich.

Die tschechischen Streitkräfte haben bis heute im Personalbereich ein Mobilisierungspotential, das fünf- bis sechsmal höher als ihr Friedenspotential ist. Das bedeutet neben dem Erfordernis, in allen Bereichen die entsprechenden Reserven bereit zu halten, entsprechende Anforderungen an die Ausbildung der Wehrpflichtigen und des übrigen Personals sowie an die Ausrüstung. Insgesamt zieht eine derartige Praxis eine drastische Erhöhung der Betriebskosten nach sich.

Die derzeitige Mobilmachungsplanung entspricht jedoch nicht mehr der aktuellen Lage. Vielmehr sollten die Streitkräfte heutzutage je nach Art der Bedrohung und unter Beachtung des jeweiligen Zeitlimits in zwei Etappen mobilisiert werden. Die erste Etappe sollte nur etwa die Hälfte der Streitkräfte umfassen. Diese Kräfte werden auch zu Friedenszeiten in Bereitschaft gehalten, allerdings nur zur Bekämpfung gemischter und nichtmilitärischer Bedrohungen. In der zweiten Mobilisierungsetappe erfolgt die Planung unter Berücksichtigung des weiteren Personal- und Ausrüstungsbedarfs. Diese Etappe ist für die Bekämpfung militärischer Bedrohungen gedacht. Binnen 18 Monaten, also der Zeit, die in der Regel schätzungsweise zwischen Entdeckung und Bekämpfung einer Bedrohung liegen dürfte, müssen Industrie und Gesellschaft darauf vorbereitet sein, alle Maßnahmen zur Verteidigung des Landes oder zur Beteiligung an der Allianzverteidigung zu ergreifen.

Dieses Vorgehen, das in der neuen Verteidigungsstrategie und dem Streitkräfteentwicklungsprogramm vorgeschlagen wird, zieht für die Streitkräfte gewaltige Änderungen nach sich. Mittelfristig, d.h. ab dem Jahr 2003, sollen die wehrpflichtigen Soldaten nur noch für die Hälfte ihrer derzeitigen Wehrpflicht einberufen werden; die Ausbildung zu militärischen Fachleuten wird weitgehend entfallen, in der Regel werden diese Wehrpflichtigen nur noch ihre Grundausbildung absolvieren. Eine militärische Fachausbildung wird nur noch nach Bedarf, etwa bei erhöhten Bedrohungen, erfolgen.

#### 4.3 *Führung und Leitung*

In den letzten neun Jahren wurde keine Entscheidung hinsichtlich eines neuen Führungsmodells gefällt. In den tschechischen Streitkräften haben so bis zum heutigen Tage noch einige sozialistische Praktiken in Führung und Leitung überdauert. Die heute in der Regel verwendeten Modelle, die hier als amerikanisches (*Befehls-*) und deutsches (*Auftrags-*) Modell bezeichnet werden, hängen von den jeweiligen Traditionen, den Fähigkeiten des Personals bzw. der technischen Entwicklung des betreffenden Landes ab.

Das amerikanische Modell wird insbesondere von denjenigen propagiert, die in Amerika studiert haben. In diesem Modell spielen die Traditionen eines Landes nur eine geringe Rolle; relevant sind hier in erster Linie ein gewaltiger technischer *background* und ein dichtes Kommunikationsnetz. Diese Voraussetzungen sind in den tschechischen Streitkräften nicht gegeben, das Führungssystem ähnelt auf den ersten Blick zwar einem schlechten amerikanischen Film, hat mit der amerikanischen Streitkräfte-Realität jedoch herzlich wenig zu tun.

Das deutsche Modell, dem die Theorie der Leitung mit Hilfe des Zieles zugrunde liegt, ist der tschechischen und allgemein europäischen Mentalität viel näher. Tschechen sind traditionell ziemlich selbständig und entscheidungsfreudig, sie benötigen wenig Leitung. Auf diesen Traditionen muß das neue System aufbauen und neue Führungsregeln begründen. Angesichts der relativ geringen technischen Unterstützungsmöglichkeiten in Tschechien erweist sich das deutsche Modell als letztlich beste Lösung. Zudem unterstützt dieses Modell die Heranbildung demokratischer Prinzipien in den zwischenmenschlichen Beziehungen und es ermöglicht die Übernahme direkter Verantwortung.

Nach der Entscheidung über das Führungsprinzip der Zukunft müssen nahezu alle Dienstvorschriften erneuert und in die Praxis umgesetzt werden. Gerade diese Umsetzung wird jedoch auf Probleme stoßen, da sich alte Denk- und Handlungsweisen nur schwer ablegen lassen und es daher ziemlich lange dauern wird, bis sich eine neue Leitungsphilosophie in den Streitkräften durchsetzt. Die Änderungen werden sich auch in einem erhöhten Verantwortungsbewußtsein in der Führung niederschla-

gen müssen. Langfristig ist zu überprüfen, inwieweit das Management dazu bereit bzw. dazu fähig ist, neue Verantwortung zu übernehmen.

Die oben beschriebenen Maßnahmen bieten die beste Chance für eine umgehende, übergreifende und verantwortungsbewußte Einführung demokratischer Elemente im militärischen Bereich, die unabdingbar für die Entwicklung der tschechischen Streitkräfte ist.

#### *4.4 Personalpolitik, Ausbildung und Sozialwesen*

Dieser Bereich hat sich seit der Wende bislang nur unwesentlich geändert. Personalpolitik, Ausbildungssystem und Sozialwesen laufen nach wie vor nach den alten Regeln ab, mehrere Versuche, die alte Ordnung zu verändern, sind an hochrangigen Persönlichkeiten gescheitert. Alte Seilschaften, persönliche Animositäten sowie der Selbsterhaltungstrieb gewisser Personen boykottieren den Wechsel zu einer systematischen und demokratischen Personalpolitik.

Seit 1997 brechen aber auch in diesem Bereich neue Zeiten an. In Verbindung mit der Verteidigungsplanung zeigt sich immer deutlicher, daß alle bestehenden Regeln ausgetauscht werden müssen und der Professionalismus die leitende Rolle spielen muß. Im Zusammenhang mit dem NATO-Beitritt kommen zu der Forderung nach einer stärker professionalisierten Armee auch noch weitere Forderungen wie Sprachkenntnisse und die Kenntnis von Sicherheitsregeln hinzu.

Die Änderung dieses Systems wird bis heute v.a. durch fehlende Gesetze und Vorschriften behindert. Viele gut ausgebildete Fachkräfte wandern aus den Streitkräften ab, da sie für sich im Dienst angesichts mangelnder Sozial- und Beförderungsgarantien keine vielversprechende Zukunft mehr sehen. Unter den in den letzten Jahren aus den Streitkräften entlassenen Leuten findet sich v.a. diese Kategorie. Eine transparente Personalpolitik zusammen mit einem geänderten Bildungssystem nach deutschem Vorbild bildet jedoch für die einzelnen Soldaten das Fundament für eine klarere Zukunftsplanung.

Erste positive Anzeichen gibt es mittlerweile im Bereich der Personalplanung. Inzwischen gibt es mehrere Vorschläge zu einer Reform der Streitkräfte. Derzeit stehen sich zwei rivalisierende Theorien gegenüber. Zum einen wird die Möglichkeit einer Schocktherapie diskutiert, zum anderen die mittelfristige Entlassung überflüssiger Arbeitskräfte. Die sicherheitspolitische Lage Europas legt die Wahl des erstgenannten Ansatzes nahe. Auch unter dem Kostenaspekt erweist sich diese Möglichkeit als die bessere, da dadurch etwa 20 Prozent der Gesamtkosten im Personalbereich in fünf Jahren eingespart werden könnten.

Andererseits funktioniert der Rekrutierungsprozess bis heute nicht gut genug, um die dadurch entstehenden Lücken schnell wieder aufzufüllen. Die Struktur des Offiziers- und Feldwebelkorps ist ausgewogen; man muß nur mehrere Spitzdienstgrade bei den Offizieren entlassen. Während kein Mangel an Personal in den Offiziers- und Feldwebelkorps besteht und hier die Entlassung einiger hochrangiger Offiziere möglich wäre, ist das Unteroffizierskorps (Unteroffiziere ohne Portepée) derzeit noch äußerst dünn besetzt. Diese außerordentliche Situation ließe sich zumindest vorübergehend durch die Einbeziehung von Wehrpflichtigen lösen. Das Unteroffizierskorps ist in Tschechien langfristig in zehn Jahren aufzubauen; bis dahin gibt es noch genügend Wehrpflichtige, die als Ersatzpersonal fungieren können.

Das militärische Bildungssystem beruht auf dem allgemeinen tschechischen Bildungssystem, das bis heute noch als Rekrutierungsgrundlage dient. Die militärischen Mittel- und Hochschulen rekrutieren die Offiziere und Feldwebel direkt aus dem zivilen Bereich. Ein solches System kann jedoch nicht nach dem Leistungsprinzip funktionieren. Das läßt sich v.a. daran erkennen, daß viele Leute, die auf Militärkosten ausgebildet wurden, die Streitkräfte sehr bald wieder verlassen und ihre Dienstverpflichtungen nicht erfüllen. Die Effizienz eines derartigen Systems ist äußerst niedrig und die Streitkräfte verlieren dabei sowohl Geld als auch Personal.

Die tschechischen Militärschulen vermitteln außerdem ihren Schülern zwar ein allgemeines Ausbildungsniveau, das mit demjenigen ziviler Schulen vergleichbar ist, die Ausbildungsinhalte selbst sind für die Er-

greifung eines zivilen Berufes jedoch nicht ausreichend. Das derzeitige tschechische System beruht auf Überlegungen, die noch in sozialistischen Zeiten für die Propagierung einer lebenslangen Militärkarriere entwickelt worden waren. Jetzt zeigt sich, daß die Rekrutierungsbasis schrumpft und sich unter diesen Bedingungen immer weniger Leute für einen lebenslangen Militärdienst interessieren.

Die Lösung wird in der Trennung der Militär- und Allgemeinausbildung und in der Gründung selbständiger militärischer Ausbildungsstätten gesehen. Die allgemeine Ausbildung soll die allgemeine Bildung ergänzen und bessere Aufstiegschancen für das gesamte dienende Personal bieten, dem je nach Leistung und Fähigkeit eine Beförderung in Aussicht gestellt werden kann. Eine derartige Ausbildung soll nicht zuletzt auch als Vorbereitung für ein Ausscheiden aus den Streitkräften und den Einstieg in das spätere Berufsleben dienen. Diese Änderungen müssen für mindestens zehn Jahre im voraus geplant werden, sollen sie erfolgreich sein.

Zu sozialistischen Zeiten wurde das Personal der Streitkräfte natürlich nicht gemäß demokratischer Vorstellungen ausgebildet. In den militärischen Schulen lag das Schwergewicht auf der Erziehung zu "Kampfmaschinen" und weniger auf der Entwicklung der Persönlichkeit. Inzwischen hat sich die Lage zwar verbessert, das geforderte Führungsniveau wird jedoch auch heute noch nicht erreicht. Um die Demokratisierung der Streitkräfte voranzutreiben muß ein erheblich stärkeres Gewicht auf die Entwicklung der Persönlichkeit sowie auf Charakterbildung gelegt werden. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die Streitkräfte, sondern für die ganze Gesellschaft.

Alle diese geplanten Änderungen in den Streitkräften erfordern gleichzeitig auch bessere Sozialleistungen. Nach der Wende hat sich im Sozialbereich kaum etwas geändert, vielmehr sind die Sozialleistungen für die Soldaten sogar teilweise noch gesunken. Das wichtigste Problem in den tschechischen Streitkräften betrifft den Bereich des Wohnungswesens, der Berufsförderung, des Kultur- und Erholungswesens, der Besoldung der Militärangehörigen, die Militärseelsorge, den Sport sowie andere Bereiche, in denen eine ausreichende Unterstützung der Soldaten

derzeit nicht möglich ist. Diese sozialen Mängel im Dienst vermindern die Rekrutierungschancen erheblich und verstärken die Härten des Wehrdienstes gegenüber dem zivilen Bereich.

#### 4.5 *Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit*

Das Bild der Streitkräfte in der Öffentlichkeit ist nicht zuletzt auch abhängig von der Kommunikationsfähigkeit der einzelnen militärischen Ebenen. In dieser Hinsicht sind die tschechischen Streitkräfte durchaus noch entwicklungsfähig. Die Kommunikation der Streitkräfte mit der Öffentlichkeit erfordert selbstverständlich auch ein hohes Maß an ziviler Kontrolle der Armee. Die offiziellen Kommunikationsströme seit Anfang der 90er Jahre spiegeln die Interessen der Politiker und der Öffentlichkeit hinsichtlich Sicherheit und Verteidigung wider. Bis zum Jahr 1996 war die Öffentlichkeitsarbeit noch äußerst dürftig, durch die offizielle Verkündung des (geplanten) NATO-Beitritts ist allerdings eine deutliche Besserung eingetreten. Leider kann Tschechien keine historischen Erfahrungen mit der zivilen Kontrolle der Streitkräfte vorweisen; die Kommunikation zwischen Soldaten und Öffentlichkeit wird sich daher noch für einige Zeit auf einem äußerst niedrigen Niveau bewegen.

Mit der zivilen Kontrolle des Militärs setzen sich bis heute lediglich die offiziellen Sprecher des Ministeriums, des Generalstabes, der Großverbände oder Verbände auseinander. Aufgrund der historischen Erfahrung ist alles im Bereich der Armee der Geheimhaltung unterworfen, Änderungen sind hier nur schwer durchzusetzen. Wahrscheinlich sind es Angst, ein niedriges Selbstbewußtsein oder der Drang zur Selbsterhaltung, die militärischen Angelegenheiten mit einem Tabu belegen. Dieser Zustand kann sich nur langfristig ändern. Das Tabuisieren des Militärwesens dürfte sich negativ auf die Demokratisierung der Streitkräfte auswirken; die Tschechen werden noch einiges zu tun haben, um eine Veränderung dieser Situation zu erwirken.

Durch die Öffentlichkeitsarbeit ergeben sich günstige Gelegenheiten, die Rolle der Streitkräfte und ihre Position innerhalb der demokratischen Gesellschaft zu erläutern. Alle militärischen Angehörigen müssen diese

schwere Aufgabe meistern, daneben müssen sie selbstverständlich gut ausgebildet werden und auch viele praktische Erfahrungen sammeln. Das bedeutet, daß keine Zeit verloren werden darf, um die Ebene der demokratischen Konsolidierung zu erreichen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, kann der Soldat auch als Bürger in Uniform bezeichnet werden.

#### 5. *Ausblick*

Die tschechischen Streitkräfte befinden sich ebenso wie die Gesellschaft erst am Anfang ihres Weges. Rückschläge und Verzögerungen müssen mitunter in Kauf genommen werden. Während sich Änderungen in wirtschaftlichen und technischen Bereichen noch relativ leicht erzielen lassen, erfordern Änderungen im Bewußtsein der Menschen mehrere Jahre. Erst dann kann von ihnen ein substantieller Beitrag zum Erhalt der Demokratie erhofft werden.

Nach dem Ende des sozialistischen Systems kann eine sofortige Demokratisierung nicht erwartet werden; weder wird sich ein Bewußtseinswandel binnen eines Jahres ergeben, noch werden Reichtümer vom Himmel fallen. Auch im sicherheitspolitischen Bereich muß mit einem langfristigen Wandel gerechnet werden. Die Streitkräfte erleben die gleichen Probleme wie ihre Umgebung. Die politische Kultur, die wirtschaftliche Situation, die Kooperation mit anderen Ländern und viele andere Einflüsse steuern, beschleunigen oder hemmen auch in der Tschechischen Republik die Entwicklung des Militärs. Trotz aller Mängel sind die tschechischen Streitkräfte auf einem guten Weg.

Cristian Scarlat\*

## **Militär und Gesellschaft im Rahmen der Reform der rumänischen Streitkräfte**

- \* Major Cristian Scarlat ist stellvertretender Referatsleiter in der Abteilung für Verteidigungspolitik des rumänischen Verteidigungsministeriums.

## *Inhalt*

1.	Einleitung	39
2.	Verfassungsbestimmungen	40
3.	Demokratische Kontrolle der Streitkräfte	43
3.1	Zivile Kontrolle der Streitkräfte in einer Demokratie	43
3.2	Zivile Kontrolle der rumänischen Streitkräfte aus historischer Sicht	46
3.3	Institutionelle Kontrolle der rumänischen Streitkräfte	49
	A. Parlament	49
	B. Staatspräsident	51
	C. Regierung	51
	D. Oberster Rat der Nationalen Verteidigung	53
	E. Verfassungsgericht	53
	F. Rechnungshof	53
	G. Militärische Instanzen	54
	H. Ombudsmann	55
4.	Streitkräfte und Öffentlichkeit	57
4.1	Meinungsbilder	57
4.2	Öffentlichkeitsarbeit	59
4.3	Massenmedien	61
5.	Armee und Zivilgesellschaft	64
5.1	Zur Rolle der Zivilgesellschaft	64
	Exkurs: Militärseelsorge	71
5.2	Wehrpflicht oder Berufsarmee?	72
5.3	Zivildienst	75
6.	Fazit	76

*„Das Militär ist eine Pflanze, die man sorgfältig pflegen muß, damit sie keine Früchte trägt.“  
(Jacques Tati)*

## *1. Einleitung*

Der allgemeine gesellschaftliche und politische Wandel wie auch die veränderten sicherheitspolitischen und militärischen Rahmenbedingungen führten in den letzten Jahren zu einer deutlichen Veränderung der Welt. Heutzutage ist immer häufiger die Rede von Integration, Desintegration, Transition und vor allem Globalisierung.

Insbesondere der Zerfall des Warschauer Paktes und die damit verbundene Transformation sowie die Erweiterung der NATO sind extrem komplexe Vorgänge, die tiefgreifende politische und sozioökonomische Veränderungen ins Rollen gebracht haben. In diesem Kontext bedeutet der NATO-Beitritt für Rumänien daher nicht nur Vorteile bei der gemeinsamen Entwicklung, Beschaffung und des Unterhalts von Rüstung – und somit die Beseitigung von Lücken in der eigenen Verteidigungsfähigkeit –, sondern insbesondere auch die Teilnahme am gemeinsamen militärischen und politischen Entscheidungsprozeß in allen sicherheitspolitisch relevanten Fragen.

Der Wertewandel ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, dem sich auch die Streitkräfte nicht entziehen können. Das Wort 'Reform' gehört in Rumänien seit Jahren zu den am meisten verwendeten Begriffen. Die rumänische Armee ist im Gegensatz zu anderen öffentlichen Einrichtungen von einem besonderen Reformprozeß geprägt. Die 1990 eingeleitete Reform der Armee setzt sich noch heute fort. Rumäniens Streitkräfte sollen kleiner, flexibler,

wirkungsvoller und gleichzeitig auch leichter führbar gemacht werden, um damit den politischen und strategischen Veränderungen in ihrem Umfeld besser zu entsprechen.<sup>6</sup> Die politische Entscheidung für einen NATO-Beitritt und die Erfüllung der sich daraus ergebenden Aufnahmekriterien haben den Reformprozeß beschleunigt.

Umfangreiche Gesetzespakete im militärischen Bereich, die Umstrukturierung der Streitkräfte, die Reduzierung des Personalumfangs, eine neue Militärdoktrin und ein neues Ausbildungssystem sind die bestimmenden Elemente der Modernisierung. Die Ergebnisse dieser Streitkräftereform beeinflussen unsere Gesellschaft (und umgekehrt), obwohl dieses Vorhaben vor dem Hintergrund größter finanzieller Schwierigkeiten stattfindet.

## 2. *Verfassungsbestimmungen*

Von Anfang an mußten die Rolle der Streitkräfte und ihre Beziehungen zu Staat und Politik gesetzlich reglementiert werden. In der neuen Verfassung Rumäniens, die im November 1991 in Kraft trat, wird präzisiert, daß "die Armee ausschließlich dem Willen des Volkes untergeordnet und für die Gewährleistung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der Einheit des Staates, der territorialen Integrität des Landes und der verfassungsrechtlichen Demokratie verantwortlich ist". Die Verpflichtungen, Rechte und Freiheiten der Berufssoldaten (Offiziere und Unteroffiziere) werden von der Verfassung Rumäniens, den Landesgesetzen und dem Status der Berufssoldaten bestimmt.

In den Verfassungsbestimmungen wird die Rolle und der Standort der Streitkräfte in der Gesellschaft nach demokratischen Regeln festgelegt. Eine dieser Bestimmungen besagt, daß die Armee den gleichen Abstand zu allen

---

6 Vgl. Hans-Joachim Gießmann (Hrsg.), Handbuch Sicherheit, Baden-Baden 1997, S. 275-300.

Parteien und politischen Gruppierungen einhalten sollte. Der rumänische Gesetzgeber berücksichtigt die Besonderheiten des militärischen Berufs und ist insofern von den Normen der allgemeinen Satzung für den Bürger abgewichen, als er die Ausübung einiger grundlegender Rechte und Freiheiten für Berufssoldaten verboten oder eingeschränkt hat. Im Fall des Offiziers, der, wie jeder Bürger, ein *zoon politikon* ist, wird das politische Engagement in gewisser Hinsicht eingeschränkt.

Aktiven Berufssoldaten werden folgende Rechte *nicht* eingeräumt:

- die aktive oder passive Mitgliedschaft in Parteien, politischen Formationen und/oder Organisationen;
- Werbung zugunsten der oben genannten Parteien, Organisationen etc. oder zugunsten eines unabhängigen Kandidaten;
- Kandidatur für das Präsidentschaftsamt
- sowie die Ausrufung von Streiks bzw. die Teilnahme an ihnen.

Desgleichen ist der Berufssoldat in der Ausübung der folgenden Rechte und Freiheiten eingeschränkt:

- politische Meinungsäußerungen werden nur außerhalb des Dienstes gestattet;
- nicht gestattet sind jegliche Meinungsäußerungen, die konträr zu den Interessen des Landes und der Streitkräfte stehen;
- ein Ministererlaß regelt die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen Berufssoldaten öffentlich militärische Informationen darstellen dürfen;
- der Beitritt zu religiösen Gemeinschaften, die die Werte der Demokratie bzw. die Ausübung des Berufes beeinträchtigen, ist nicht gestattet;
- die Gründung von Vereinigungen mit beruflichem, wissenschaftlichem oder kulturellem Charakter – mit Ausnahme von Gewerkschaften – ist erlaubt, soweit sie mit den Dienstvorschriften konform geht;

- die Eheschließung mit einer Person ohne ausschließliche rumänische Staatsbürgerschaft ist nur mit einer vorherigen Genehmigung durch den Verteidigungsminister erlaubt;
- die Teilnahme an Veranstaltungen mit politischem oder gewerkschaftlichem Charakter ist untersagt;
- Auslandsreisen von Berufssoldaten werden durch einen Ministererlaß geregelt.

Der 1990 begonnene Transitionsprozeß hat sich inzwischen auch nachteilig auf den sozioökonomischen Bereich ausgewirkt. Das Bestreben einiger Soldaten, den eigenen Lebensstandard durch Betreiben von Geschäften jeglicher Art zu verbessern, führte zu einer Reglementierung des Offizierskorps. Hiernach haben sie die Pflicht, Aktivitäten, die gegen die Würde, das Ansehen und die militärischen Normen verstoßen, zu unterlassen. Ausdrücklich verbietet das Gesetz ihnen,

- anderen Funktionen nachzugehen, die keinen Zusammenhang mit ihrem eigentlichen Beruf aufweisen;
- eigene Geschäfte zu besitzen oder in der Leitung von Firmen tätig zu sein.

Die bisherige Erfahrung beweist, daß diese gesetzlichen Bestimmungen zu einer Erhöhung des Prestiges der Armeemangehörigen in der heutigen Übergangsgesellschaft beitragen. Diejenigen, welche das Gesetz nicht respektieren, sollten die Armee verlassen. Hingegen ist die Wiedereinstellung von zwei Offizieren, die aus dem aktiven Dienst ausgeschieden waren, um sich um einen Platz im Parlament zu bewerben bzw. um ihn auch einzunehmen, als Bestätigung der Demokratisierung unserer Gesellschaft zu bewerten.

### 3. Demokratische Kontrolle der Streitkräfte

#### 3.1 Zivile Kontrolle der Streitkräfte in einer Demokratie

Eine Begriffsbestimmung des demokratischen Primats über die Streitkräfte fehlt noch, obwohl das Thema sowohl das Militär als auch die zivile Gesellschaft und nicht zuletzt auch die Politiker beschäftigt. In einer in Rumänien erschienenen Arbeit<sup>7</sup> wird dieser Primat als ein wesentlicher Zug des Rechtsstaates definiert. Er stelle die Gesamtheit der Vorrechte des demokratischen Verfassungsstaates zur Bestimmung des normativen Rahmens, der Aufgaben der Streitkräfte sowie zur Überprüfung der Übereinstimmung der Tätigkeit der Streitkräfte mit gesetzlichen Vorschriften und zivilen Beschlüssen dar.

Die demokratische Kontrolle über die Streitkräfte ist keine erst nach 1989 aufgetretene Frage. Bereits in seinem Werk *Dell'arte della guerra* sprach Niccolo Machiavelli über das Verhältnis zwischen dem militärischen und dem politischen Faktor. Er behauptete, daß die militärische Gewalt der bürgerlichen unterstellt sein müsse, wobei die bürgerliche die militärische Gewalt nur zu Verteidigungszwecken verwenden könne. Clausewitz hielt den Krieg für eine Ausweitung der Politik, und die Streitkräfte für ein Instrument der politischen Strategie.<sup>8</sup>

Das Bestehen effizienter, glaubwürdiger und leistungsfähiger Streitkräfte auf internationalem Niveau beruht nach modernen Vorstellungen auf vier grundlegenden Voraussetzungen: eine politische Klasse mit klaren Vorstellungen über die Lösung der Frage der nationalen Sicherheit, eine durch Massenmedien gut informierte Öffentlichkeit, eine aus motivierten und gut ausgebildeten Männern bestehende Armee sowie angemessene materielle Ressourcen. Alle diese Faktoren sind auf gut funktionierende zivil-militäri-

---

7 Vgl. Gh. Diaconescu/F. Serban/N. Pavel, *Democratic Control over the Army in Romania*, Bukarest 1996, S. 20.

8 Vgl. ebenda, S. 18.

sche Beziehungen angewiesen, die wiederum auf einem neuen Wertesystem beruhen müssen.

Wenngleich generell über Zweck und Ziele der zivilen Kontrolle über die Armee Einverständnis herrscht, so unterscheidet sich die Anwendung dieses Prinzips in der Praxis von Land zu Land. Zwischen den anerkannten Demokratien bestehen etwa Unterschiede in bezug auf die Art und Weise, wie die zivile Kontrolle der Streitkräfte durchgeführt und das Prinzip des Primats der Politik umgesetzt wird. Diese Unterschiede sind Ausdruck grundlegender verfassungsrechtlicher Strukturen und spiegeln die jeweilige politische Kultur in den Staaten selbst wider. In Staaten, in denen das Parlament eine äußerst aktive Rolle spielt, erfordert jedoch die Wahrung der nationalen Sicherheit und das nötige Vertrauen der Streitkräfte in die politische Führung, daß diese Führung konsequent und in sich geschlossen auftritt und über klare Vorschlags- und Durchführungsbefugnisse verfügt; gleichermaßen muß auch bekannt sein, in welchen Grenzen und nach welchen Sicherheitsbestimmungen sie zu operieren hat.

In der deutschen Fachliteratur ist 'Primat der Politik' als Bezeichnung für den Grundsatz, wonach sich die militärische Führung der politischen unterzuordnen hat, definiert.<sup>9</sup> Nach dem Grundgesetz wird der Primat der Politik durch die zivile Leitung der Streitkräfte, durch die parlamentarische Kontrolle und durch unabhängige Gerichte gewährleistet.

In seinem Werk über Militärsoziologie<sup>10</sup> definiert Samuel P. Huntington speziell für die industrialisierten Demokratien der Welt einen Typ der zivil-militärischen Beziehungen, den er als "objektive zivile Kontrolle" umschreibt. Dieser Typ beinhaltet:

---

9 Vgl. Ernst Lutz, Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980, S. 213.

10 Vgl. Samuel P. Huntington, The Soldier and the State, Cambridge 1957, S. 80-85.

- ein hohes Niveau an militärischem Professionalismus und die Anerkennung von Begrenzungen eigener beruflicher Kompetenzen durch das Militär;
- die effektive Unterstellung der Armee unter die politischen Führer, die für die Hauptentscheidungen im Bereich der Innen- und Außenpolitik zuständig sind;
- die Anerkennung und Annahme der Berufskompetenz und Autonomie der Soldaten seitens der politischen Führung
- und eine Begrenzung militärischer Eingriffe in die Politik bzw. politischer Eingriffe in militärische Angelegenheiten.

Huntington ist der Auffassung, daß das Hauptproblem der zivil-militärischen Beziehungen das Verhältnis zwischen beruflicher Militärelite und politischer *leadership* bzw. zwischen militärischer Machtgruppe und ziviler Führung ist. Die zivile Kontrolle ist weder eine rein legislative (eine Aufgabe des Parlaments), noch eine rein exekutive Frage (eine Pflicht des Präsidenten oder der Regierung). Vielmehr ist sie eine Frage der Demokratie, also des politischen Mechanismus.

Nach Huntington ist die militärische Institution jeder Gesellschaft als Folge zweier Forderungen anzusehen. Eine Forderung ist funktioneller (den Gefahren für die staatliche Sicherheit zu begegnen) und eine andere ist sozialer Natur (das Verhältnis zu den sozialen Kräften, Ideologien und vorwiegend staatlichen Institutionen). Die Wechselwirkung dieser Forderungen bilde den Kern der zivil-militärischen Beziehungen.

Zivile Kontrolle könnte wie folgt definiert werden: Zivile Kontrolle über die Streitkräfte stellt eine Reihe von Auffassungen, Verfahren, Gesetzen, Normen und Traditionen dar, wonach die zivile politische Autorität eines Staates Macht über ihre Streitkräfte ausübt. Die Verantwortung für die Ausübung der zivilen Kontrolle obliegt der politischen Führung, während die Verantwortung des Militärs in der Unterordnung und der Ausführung von Be-

fehlen besteht. Die Legitimität der zivilen Kontrolle ist durch demokratische Verfahren (regelmäßige Wahlen) gesichert. Zivile Kontrolle ist in bloß rechtlicher Form nicht vollständig; sie muß auch praktiziert werden.

Die Notwendigkeit der zivilen Kontrolle kann nicht nur als eine Garantie gegen Militärcoups betrachtet werden, sondern hat gleichzeitig die Aufgabe, sicherzustellen, daß die Armee einzig und allein den nationalen Interessen dient. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert stellt die Errichtung eines entsprechenden Rahmens zur Einführung der zivilen Kontrolle über die Streitkräfte insbesondere für die jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa eine wichtige Prüfung für die Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaat dar.

### *3.2 Zivile Kontrolle der rumänischen Streitkräfte aus historischer Sicht*

Für Rumänien sind die Errichtung eines Rechtsstaates, einer Demokratie, die Teilnahme an dem Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheit sowie die Integration des Landes in die euro-atlantischen Strukturen wesentliche politische Ziele. Das Prinzip der demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte stellt ein wesentliches Ziel der Reformen im militärischen Bereich dar.

An diesem Punkt sollte erwähnt werden, daß es in Rumänien keine Putsch-Tradition gibt. Die rumänische Armee hat in der Vergangenheit weder die Macht im Staat ergriffen noch ist sie in politische Kämpfe hineingezogen worden, obwohl es manchmal nötig gewesen wäre. Das letzte Mal, als sich ihr die Gelegenheit bot, die Macht zu übernehmen, war im Dezember 1989. Auf diese Möglichkeit hat sie jedoch zugunsten ihrer Aufgabe als Garant des Übergangs Rumäniens zur Demokratie verzichtet. Die rumänische Armee kann so auf eine positive Tradition zurückblicken, die ihr auch in Zukunft helfen wird.

Demokratie ist keine Neuheit für Rumänen. Seit der Begründung des rumänischen Nationalstaates Mitte des 19. Jahrhunderts hat die heimische Ge-

setzung den Versuch unternommen, die lokalen Traditionen mit den damaligen "europäischen Standards" zu verknüpfen. Die nach dem belgischen Modell erarbeitete Verfassung von 1866 wurde zu jener Zeit aufgrund der Theorie der Gewaltenteilung für eine der liberalsten gehalten. Eine Reihe von Vorschriften bezüglich des Parlaments, des Staatsoberhauptes (König), der Regierung und der Armee haben die juristische Basis einer zivildemokratischen Kontrolle der Streitkräfte begründet.

Der Offizierskorps wurde vom politischen Leben ferngehalten, sein Ansehen in der Gesellschaft war hoch. Die soziale Herkunft der Offiziere hat seit Ende des vorigen Jahrhunderts eine grundlegende gesellschaftliche Wandlung erfahren. Der Kreis, aus dem sich diese militärische Elite rekrutierte, hat sich verändert, und zwar von einer kleinen, gesellschaftlich verhältnismäßig hochstehenden sozialen Schicht zu einem breiteren, die Gesamtbevölkerung eher repräsentierenden Personenkreis. Es gab auch eine kurze Zeitspanne, in der Zivilisten den Verteidigungsminister stellten.

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurden diese Reglementierungen im allgemeinen auch respektiert. In der Nachkriegszeit, die von der Eroberung des Landes durch die Rote Armee und der unter dem Druck Moskaus erfolgten Einführung einer prosowjetischen kommunistischen Regierung gekennzeichnet war, wurde die "alte Armee" einem allmählichen Prozeß der "Erneuerung" (d.h. Auflösung) unterworfen, der unter dem offiziellen Namen der "Demokratisierung" bekannt wurde.

Die neue stark ideologisierte Volksarmee wurde nicht nur einer absoluten politischen Kontrolle unterworfen, sondern zugleich auch noch einer politischen Führung, der kommunistischen Partei, unterstellt. Der Generalstab war von Kadern der Partei durchsetzt, ohne daß diese zumindest rudimentäre militärische Kenntnisse besessen hätten. Der Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen 1958 und verschiedene unabhängige politische Aktio-

nen<sup>11</sup> beeinflussten auch die Streitkräfte, die nach und nach eine gewisse Identität wiedergewannen. Es muß auf die Kontinuität der Ausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik verwiesen werden, die sich dank des Sonderstatus, den Rumänien vor 1989 im östlichen Bündnissystem eingenommen hatte, ergab. Hierzu gehörten eine nationale, rein defensive Militärdoktrin ohne westliches Feindbild, eine zu 80 Prozent vom Warschauer Pakt unabhängige Rüstungsindustrie, die Tradition der Kooperation mit westlichen Rüstungsfirmen sowie die Tatsache, daß seit 1962 alle Führungskräfte des Landes, die Armee eingeschlossen, ausschließlich innerhalb der Landesgrenzen ausgebildet wurden.

Die in den 60er und 70er Jahren stattgefundene Reform der Armee führte – in den damaligen Begrenzungen des totalitären Systems – zum Entstehen einer nationalen Armee, die mehrmals bewiesen hat, daß sie die Unterstützung der Gesellschaft und das Vertrauen der Öffentlichkeit in einem höheren Maße genoß als andere Staatsinstitutionen. Die Spezifika der rumänischen Militärpolitik vor der Wende von 1989, die sich hinsichtlich Struktur, Doktrin, Ausrüstung und Allianzverhalten von allen anderen Armeen der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten unterschied, bildeten die Grundlage für eine Streitkräftereform eigenen Zuschnitts.<sup>12</sup>

In den autoritären Systemen, zu denen auch Rumänien bis Ende 1989 gehörte, hatten die zivil-militärischen Beziehungen ganz andere Koordinaten und es war ein wichtiges Ziel, ein anderes Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft zu erreichen. Im Unterschied zu den wirtschaftlichen Reformen erweist sich die Reform der Streitkräfte in Rumänien auch aus finanzieller Sicht als viel weniger kostspielig, da sie im großen und ganzen auf Vergünstigungen abzielt: Verkürzung des Wehrdienstes, Verringerung

---

11 So war Rumänien das erste Land im Ostblock, das schon 1967 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufnahm. 1968 weigerte sich Rumänien, an der Invasion in der Tschechoslowakei teilzunehmen.

12 Vgl. Anneli Ute Gabanyi, Rumäniens Beitrittsstrategie zur NATO, in: Osteuropa, 9/1997, S. 885-897.

des Verteidigungsbudgets, Einschränkung der Menschenrechtsverletzungen in der Armee und Privatisierung der Rüstungsindustrie.

Diese Maßnahmen sind populär und stoßen außerhalb der Armee auf wenig Opposition. In diesem Zusammenhang bemerkte auch Samuel P. Huntington, daß die jungen Demokratien bedeutende Fortschritte in der Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen erzielen würden und gerade in diesem Bereich besser abschnitten als in allen anderen wichtigen Fragen, mit denen sie im Transformationsverlauf konfrontiert würden.<sup>13</sup>

### 3.3 *Institutionelle Kontrolle der rumänischen Streitkräfte*

Die 1991 nach einem Volksreferendum in Kraft getretene Verfassung Rumäniens wurde von der verfassungsgebenden Versammlung auf Basis des Prinzips der Gewaltenteilung und unter Einschluß moderner und international anerkannter Vorschriften erarbeitet. Aus der Analyse der Funktionen und Befugnisse der einzelnen Gewalten ergibt sich, daß die rumänischen Streitkräfte folgender politischer Kontrolle unterliegt:

#### *A. Parlament*

Die vom Parlament ausgeübte Kontrolle über die Armee ist umfassend und komplex. Verfassungsgemäß ist das Parlament (Senat und Abgeordnetenkammer) dazu verpflichtet, "die Struktur des nationalen Verteidigungssystems, die Gliederung der Streitkräfte, die Vorbereitung der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Landes auf den Verteidigungszustand und auch den Status der Berufssoldaten" durch Gesetz zu bestimmen. Ebenfalls durch Gesetz regelt das Parlament den Belagerungs- und Ausnahmezustand und es erörtert und billigt die grundlegende Strategie der Landesverteidigung. Außer diesen Hauptaufgaben hat das Parlament in den letzten Jahren auf Anraten

---

13 Vgl. Samuel P. Huntington, Democracy and the Armed Forces. Reforming Civil-Military Relations, in: Journal of Democracy, Oktober 1995, S. 9-17.

der Regierung oder aus der Initiative einiger Parlamentarier heraus wichtige Gesetze u.a. über die internationalen militärischen Beziehungen, den rechtlichen Status der Berufssoldaten sowie über die soziale Absicherung der heutigen und ehemaligen Armeeingehörigen verabschiedet.

Das Parlament muß sowohl die Beteiligung Rumäniens an den internationalen UN-Friedensmissionen im Ausland mit Personal und Ausrüstung, als auch für die Organisation von Übungen und Militärmanövern auf rumänischem Boden billigen. Durch diese Befugnisse übt das Parlament uneingeschränkt und unmittelbar die Kontrolle über die Armee aus. Einige dieser Befugnisse werden durch Gesetz verbrieft, andere durch Beschlüsse des Parlaments. Die Beratung und Verabschiedung des jährlichen Verteidigungsbudgets stellt eine der wichtigsten Aktivitäten des Parlaments in Bezug auf die Armee dar. Leider sind die Verteidigungsausgaben Rumäniens von rund 1,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 1990 auf 620 Millionen im Jahr 1997 gesunken. Letzteres entspricht 1,95 Prozent des BSP bzw. 8,57 Prozent des Staatshaushaltes.

Das Parlament beschließt ferner über:

- den Aufruf zur General- oder Teilmobilmachung;
- die Verkündung des Kriegszustandes;
- die Beendigung oder die Einstellung militärischer Handlungen;
- die Zustimmung zum Belagerungs- oder Ausnahmezustand, der vom Präsidenten ausgerufen wurde.

In einer gemeinsamen Sitzung erörtert das Parlament zudem den jährlichen Bericht des Obersten Rates der Nationalen Verteidigung (ORNV). Der Beschluß des Parlaments kann gewisse Auflagen enthalten, die der ORNV erfüllen muß.

Neben dieser legislativen Funktion hat das Parlament auch Zuständigkeiten im Bereich der Wahl, Bildung, Ernennung und der Abberufung einiger staatlicher Autoritäten. So kann das Parlament verfassungsgemäß den Präsi-

ten Rumäniens von seinem Amt (Oberbefehlshaber über die Streitkräfte) suspendieren und es kann der Regierung (dazu gehört der Verteidigungsminister) das Vertrauen entziehen. Die spezifischen Formen und Mittel, durch die das Parlament sein Kontrollrecht ausübt, sind:

- parlamentarische Kontrolle durch Berichte, Rechenschaftsberichte, Programme und Untersuchungen. So übt das Parlament die direkte Kontrolle über die Hauptautoritäten des Staates (Präsident, Regierung, ORNV u.a.) aus.
- Kontrolle durch parlamentarische Ausschüsse. Auf der Ebene jeder Kammer wird ein Ausschuß für Verteidigung, öffentliche Ordnung und nationale Sicherheit gebildet, dessen Zusammensetzung die politische Konfiguration des Parlaments widerspiegelt. Wichtigste Aufgabe dieser Ausschüsse, unter deren Mitgliedern sich auch ehemalige Armeeangehörige befinden, ist die gründliche Überprüfung aller Entwürfe der Regierung sowie der legislativen Vorschläge im Hinblick auf die Armee.
- Die Mitglieder der Ausschüsse sind auch dazu berechtigt, in den militärischen Einheiten die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zu überprüfen oder parlamentarische Ermittlungen durchzuführen.

### *B. Staatspräsident*

Die Verfassung bestimmt den Präsidenten Rumäniens zum Oberkommandierenden der Streitkräfte. Zugleich hat der Präsident den Vorsitz im Obersten Rat der Nationalen Verteidigung inne. Andere Befugnisse des Präsidenten auf militärischem Gebiet umfassen das Recht auf General- oder Teilmobilmachung der Streitkräfte, das Treffen der erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr einer Aggression gegen das Land sowie die Verhängung des Belagerungs- oder Ausnahmezustands. Zur Ausübung dieser Befugnisse benötigt der Präsident die Zustimmung des Parlaments und auch die Beratung durch den ORNV. Gleichzeitig hat der Präsident Rumäniens auch die Kompetenz, Auszeichnungen (Orden) zu verleihen und (Feld-)Marschälle, Generäle und Admirale auf Vorschlag des Verteidigungsministers zu ernennen.

### C. Regierung

Die Regierung als exekutive Gewalt setzt die eigene Politik auch im militärischen Bereich um. Ein bedeutender Auftrag der Regierung, durch den sie die Leitung und Kontrolle über die Armee ausübt, ist es, gesetzliche Maßnahmen zum allgemeinen Aufbau der Streitkräfte sowie ihrer Ausrüstung zu treffen und das jährliche Kontingent der Wehrpflichtigen festzulegen.

Die Regierung – unter der Leitung des Premierministers, der nicht nur ein *primus inter pares* ist – hat klare Befugnisse im militärischen Bereich. Was die Kontrolle der Streitkräfte betrifft, überwacht sie die Tätigkeit des Verteidigungsministeriums und ist verantwortlich für die Bereitstellung der für die Landesverteidigung erforderlichen finanziellen und materiellen Hilfsmittel.

In der Ausübung seiner Leitungsfunktion führt der Verteidigungsminister die gesamte Tätigkeit des Verteidigungsministeriums. Beim Minister ist der Hohe Militärische Rat der Armee als beratendes Organ angesiedelt. Gleichzeitig leitet der Minister mittels der Staatssekretäre den Generalstab, die Hauptabteilung für Verteidigungspolitik – seit 1993 von einem zivilen Politiker geleitet – und die Hauptabteilung für Rüstungsbeschaffung. Der Generalstab ist in das Verteidigungsministerium integriert. Als Vorgesetzter übt der Minister "hierarchische Macht" aus, wobei er das Recht hat, obligatorische Anordnungen für das gesamte Personal der militärischen Institution zu erlassen. Die Ausübung seiner Befugnisse erfolgt durch "Erlasse" und "Dienstanweisungen", die einen normativen und/oder individuellen Charakter haben können.

Innerhalb des Verteidigungsministeriums gibt es über 170 Dienstposten für Zivilisten. Andere (leitende) militärische Dienstposten sollen in den kommenden Jahren in zivile Ämter umgewandelt werden. Voriges Jahr wurde ein neues Amt (Generalsekretär des Ministeriums) eingerichtet, das mit einem Zivilisten besetzt wurde. Diese Vorgänge laufen nicht ohne gewisse Span-

nungen zwischen Soldaten und Zivilisten ab, von denen einige zwar als junge Spezialisten gelten, wegen ihres mutmaßlichen politischen Engagements jedoch argwöhnisch betrachtet werden.

#### *D. Oberster Rat der Nationalen Verteidigung*

Als Institution der zentralen öffentlichen Verwaltung, autonom gegenüber der Regierung, ist der ORNV für die einheitliche Organisation und Koordination aller Anstrengungen auf dem Gebiet der Landesverteidigung und der nationalen Sicherheit verantwortlich. Dieses strategische Element auf höchster politischer Ebene wirkt weisungsgebend auf die Regierung und damit auch auf das Verteidigungsministerium ein, das für die Umsetzung der strategischen Vorgaben im militärischen Bereich zuständig ist. Dies wirkt sich auf die Leitung der Armee aus: Alle grundlegenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen werden dem Rat – obligatorisch und noch vor allen anderen öffentlichen Autoritäten – vorgestellt. Neben dem Präsidenten Rumäniens als Vorsitzenden sitzen als weitere Mitglieder hohe Beamte, in der Mehrheit Zivilisten, in diesem Rat. Die Zusammensetzung des Rates gewährleistet einerseits die Qualität der Entscheidungen, andererseits die prompte Verwirklichung seiner Beschlüsse. Laut Gesetz legt der ORNV dem Parlament jährlich Berichte über seine Tätigkeit vor.

#### *E. Verfassungsgericht*

Das Verfassungsgericht hat - in Bezug auf die Armee - die Aufgabe, diejenigen Gesetze im militärischen Bereich, die vom Parlament gebilligt, vom Präsidenten aber noch nicht verkündet wurden, zu prüfen, und zu entscheiden, ob diese mit Buchstaben und Geist der Verfassung vereinbar sind. Bislang gab es nur einen Fall, in dem ein Gesetz aus dem militärischen Bereich später vom Parlament abgeändert werden mußte (über die Rechte von Kriegsinvaliden und Kriegswitwen).

### *F. Rechnungshof*

Der Rechnungshof ist eine autonome öffentliche Institution, die die Ausgabenpolitik der Regierung und die Verwendung der Mittel in der Armee überprüft. Die bisherige Erfahrung zeigt, daß die Kontrolle des Rechnungshofes in der Sache unnachgiebig ist. Als negative Konsequenz ergibt sich daraus, daß finanzielle Operationen aus Angst vor den Kontrolleuren dieser Institution lange Zeit vorbereitet und überprüft werden, wodurch notwendige Beschaffungen verschleppt werden.

### *G. Militärische Instanzen*

Auch in Rumänien wird die Justiz von zwei verfassungsmäßig bestätigten Hauptgrundsätzen geleitet, und zwar demjenigen der *Unabhängigkeit* der Richter – die nur dem Gesetz unterstellt sind und keine Unterstellungsverhältnisse gegenüber anderen öffentlichen Autoritäten haben – und demjenigen der *Unabsetzbarkeit* der Richter, der die Verwirklichung des ersten gewährleistet. Die Magistrate – Richter und Staatsanwälte – werden vom Präsidenten ernannt.

Die militärischen Instanzen und Staatsanwaltschaften sind Bestandteil des Gerichtssystems, wobei der Status der militärischen Magistrate den zivilen Kollegen gleichgestellt ist. Die von der zusätzlichen Funktion als aktiver Offizier bestimmten Unterschiede bestehen nur in der Besoldung, die vom Verteidigungsministerium garantiert wird, und der Beförderung im Rahmen der vorgesehenen Bedingungen für die aktiven Offiziere; bei Gerichtsverhandlungen ist die militärische Uniform vorgeschrieben.

Die Ermittlungs- und Gerichtskompetenz der militärischen Staatsanwaltschaften bzw. Instanzen wird von der Strafgerichtsordnung festgelegt. Zu ihren Kompetenzen gehören folgende Rechtsangelegenheiten:

- von Soldaten begangene Gesetzesübertretungen;

- von Zivilisten begangene Gesetzesübertretungen gegen Güter, die sich im Besitz, in der Verwaltung oder der Benutzung der Streitkräfte befinden und die durch ihre Natur oder Bestimmung einen militärischen Charakter haben oder im Zusammenhang mit der Verteidigungsfähigkeit stehen;
- von Zivilisten begangene Gesetzesübertretungen in Bezug auf ihre militärischen Pflichten (Entziehung vom Wehrdienst, Requisitionen u.a.);
- vom Zivilpersonal der Armee in Bezug auf den Dienst begangene Gesetzesübertretungen.

Auf *zivilrechtlichem* Gebiet wird die judikative Kontrolle über die Armee jedoch durch gewöhnliche (zivile) Instanzen ausgeübt, wobei die in derartige Rechtsstreitigkeiten verwickelten Soldaten – in ihrer Eigenschaft als Kläger oder Beklagte – von den zivilen Gerichten verhandelt werden. Die zivilen Instanzen sind auch dafür zuständig, Gerichtsverhandlungen gegen administrative Akte, die von Soldaten in Ausübung ihres Berufs angeordnet wurden, zu führen, sollten durch diese Anordnungen die gesetzlich anerkannten Rechte einer natürlichen oder juristischen Person verletzt worden sein.

Folglich kann man feststellen, daß sich das militärische und zivile Personal der Armee, gemäß der rumänischen Gesetzgebung, vor der Justiz zu denselben Bedingungen wie alle anderen Bürger des Landes zu verantworten hat, ohne irgendein Vorrecht, gleichermaßen für die begangenen Taten während oder in Bezug auf den militärischen Dienst oder außerhalb des Dienstes.

#### *H. Ombudsmann*

Die Institution eines Volksanwalts bzw. Ombudsmannes wurde durch die Verfassung von 1991 eingeführt. Er wird vom Senat für die Dauer von vier Jahren ernannt. Vom schwedischen Ursprung wurde die Einrichtung des Ombudsmannes von 60 Staaten, unter verschiedenen Benennungen, jedoch

mit ähnlichen Befugnissen, übernommen. Im wesentlichen hat der Ombudsmann die Aufgabe, die Rechte, Freiheiten und Interessen der Bürger in denjenigen Fällen zu verteidigen, in denen sie von den Beamten der öffentlichen Verwaltung verletzt wurden. Der Volksanwalt soll ständig gegen die Bürokratie, Machtmißbrauch und Korruption ankämpfen.

Was die Armee angeht, ist der Ombudsmann eines der Elemente der zivil-demokratischen Kontrolle. Schon zu Beginn ihrer Existenz kann diese neue Institution eine wichtige Rolle bei der Beseitigung einiger Funktionsstörungen des militärischen Organismus spielen. Es ist zu erwarten, daß sie zur Festigung der Achtung der Rechte und Freiheiten des militärischen und zivilen Personals der rumänischen Streitkräfte, der Wehrpflichtigen und Zivildienstleistenden beiträgt.

Heute gibt es bereits eine gewisse Erfahrung mit der zivilen Kontrolle der Streitkräfte. Die Inkohärenz des legislativen Rahmens und Kommunikationsdefizite beeinträchtigen manchmal das optimale Funktionieren dieses demokratischen Mechanismus. Insgesamt muß eine klare Abgrenzung zwischen dem institutionellen Bau und ihrer Funktionalität vorgenommen werden. Wir befinden uns in einer Phase, in der nicht mehr danach gefragt werden soll, *ob* diese Kontrolle überhaupt existiert, sondern *wie* sie funktioniert.

In der Armee hat man inzwischen damit begonnen, die Führer (Kommandeure) dahingehend auszubilden, die zivile Kontrolle anzunehmen und in diesem Sinne zu handeln. Die zivile Kontrolle der Streitkräfte sollte aber nicht nur mit Überwachung an sich gleichgesetzt werden. Sie bedeutet vor allem die eingehende Kenntnis der Fragen der Armee und das Treffen von Maßnahmen zur Verbesserung des derzeitigen Zustands. Wenn der Verteidigungshaushalt von Jahr zu Jahr sinkt, muß jemand auch eine gewisse Verantwortung im Hinblick auf die Einsatzfähigkeit der Armee übernehmen.

Die Armee hat sich bis jetzt als transparent erwiesen. Kontrolle bedeutet nicht nur, zwei Dinge miteinander zu vergleichen, sie hat auch eine soziale

Komponente, da zwei Beteiligte, der Kontrolleur und der Kontrollierte miteinander verkehren. Deren Beziehungen müssen im Hinblick auf die beiden Hauptziele der Kontrolle, die Information des jeweiligen Leiters und die Regelung des Systems, analysiert und optimiert werden.<sup>14</sup>

#### 4. *Streitkräfte und Öffentlichkeit*

##### 4.1 *Meinungsbilder*

Die öffentliche Meinung ist für das Militär nicht nur kritischer Spiegel, sondern auch Bewertungskriterium für die soziale Bedeutung der Streitkräfte, ihre Qualität und Effizienz bei der Erfüllung der Aufgaben und Befugnisse, die die Armee von der Nation zum Zwecke der Verteidigung und zur Förderung der nationalen Interessen erhält. In dieser Gleichung mit den Komponenten "nationales Interesse" und "militärische Aufgaben" fallen den militärischen Führern die technische Expertise, die effiziente Verwendung der jeweiligen Gelder sowie die Ausbildung und Einsatz der Kräfte und Mittel zur Erfüllung der der Armee übertragenen Aufträge in Friedens- oder Kriegszeiten zu.

In einer auf der Volkssouveränität beruhenden Gesellschaft, deren politische Entscheidungen nach den Regeln demokratischer Willensbildung über repräsentative Vermittlungsinstanzen zustande kommen, ist die öffentliche Meinung ein wichtiger Einflußfaktor in der Politik. Auch eine gut begründete Sicherheitspolitik bedarf der gesellschaftlichen Akzeptanz. Die öffentliche Legitimation bestimmt den Grad an gesellschaftlicher Integration der Streitkräfte und ihrer Soldaten und wirkt sich somit auf die Zustimmung und Bereitschaft des Einzelnen für den militärischen Dienst aus. In demokratischen Gesellschaften beeinflussen sich Legitimation, Integration

---

14 Vgl. Gerard Hoffmann, Zur Legitimität der Kontrolle, in: R. Brecht/ P. Klein (Hrsg.), Streitkräfte in der Demokratie. Die Kontrolle des Militärs in Frankreich und in Deutschland, Baden-Baden 1994, S. 14.

und Motivation daher wechselseitig. Die Legitimation von Streitkräften ist nach demokratischem Verständnis auch Voraussetzung für die Begründung des soldatischen Dienstes. Dadurch soll dem einzelnen Soldaten der Sinn des militärischen Auftrages einsichtig und verständlich gemacht werden, damit er ihn aus Überzeugung erfüllt.

Auch die rumänische Demokratie braucht eine Armee, die die Unterstützung der Bevölkerung hat. Die rumänischen Streitkräfte genießen bei über 80 Prozent der Bevölkerung laut Meinungsumfragen Vertrauen. Dies kann als förderlicher Faktor für die Entwicklung und Modernisierung des militärischen Organismus, für seine Vorbereitung auf die NATO-Integration, aber auch für das Bestehen korrekter zivil-militärischer Beziehungen angesehen werden.

Eine jüngst von der Abteilung für psychosoziale Forschungen durchgeführte Untersuchung hebt die Faktoren hervor, die dieses hohe Vertrauensniveau in der Gesellschaft bewirken.<sup>15</sup> Einige Faktoren haben ihren Ursprung im Inneren der militärischen Einrichtung, andere im Äußeren. Zur ersten Gruppe gehören: die soziale Herkunft der Berufssoldaten und der Wehrpflichtigen, die die Gesellschaftsstruktur getreu widerspiegelt und so eine solide Basis für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft schafft; das spezifische Verhalten der Berufssoldaten (Bescheidenheit, Patriotismus, Loyalität gegenüber dem Land), symbolisch umgesetzt in die Identifikation mit einem spezifischen sozialen Körper, wenig vergleichbar mit großen bürokratischen Organisationen wie Parlament, Regierung oder Justiz, innere Stabilität, Autorität, Disziplin- und Befehlskultur, die Förderung von Traditionen und gemeinschaftlichen Werten. Zur extrainstitutionellen Faktorengruppe gehören das Vertrauen in die Armee, die Fähigkeit der Armee, Stabilität im Lande zu erhalten und Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Staates in einer Zeit zu gewährleisten, in der sich in der

---

15 Vgl. M. Rosu/I.Tanasescu, Wie ist die Haltung des Nachwuchses gegenüber der Armee?, in: Spirit Militar Modern, 3-4/1998, S.11-14.

Nachbarschaft Rumäniens kriegerische Konfrontationen und innerstaatliche Zersplitterungen ereignen, sowie Vertrauen an sich zur Verringerung der Unsicherheit in Zeiten des Wandels.

Seit 1989 beobachtet die Öffentlichkeit die Rolle des Militärs in der Revolution vom Dezember, die Bemühungen um Demokratisierung, Transparenz und Reform der militärischen Einrichtung und auch den Beitrag des Militärs zu den Bemühungen Rumäniens um Integration in die euro-atlantischen Strukturen genau. Glücklicherweise genießt die Armee in dieser schwierigen Zeit ein hohes Maß an Anerkennung in der Öffentlichkeit; allerdings gilt es zu berücksichtigen, daß die Legitimierung von Streitkräften ein dynamischer Prozeß ist, der sich aus der Notwendigkeit fortlaufender politischer Entscheidungen und ihrer gesellschaftlichen Rückkopplung ergibt.<sup>16</sup> "Existenz und Organisation des Militärs sind Ausdruck der jeweiligen Epochen, Regierungssysteme und ihrer Herrschaftsformen: Die wechselseitigen Beziehungen von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Militär sind evident."<sup>17</sup>

#### 4.2 *Öffentlichkeitsarbeit*

Vom Standpunkt der Öffentlichkeitsarbeit stellt die Erlangung und Erhaltung des Verständnisses, Vertrauens und der Unterstützung der öffentlichen Meinung für die Tätigkeit der Armee ein strategisches Ziel dar. Das Bild der rumänischen Armee in der Öffentlichkeit ist Bestandteil ihrer Kampffähigkeit. Das Fehlen oder die Verringerung öffentlicher Unterstützung können zur Kompromittierung der Erfüllung des grundlegenden Auftrages der Armee führen. Die Armee sollte permanent dazu imstande sein, die Gesellschaft durch eine passende Sprache über sich zu unterrichten. Ein gutes Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär erfordert stets Bemühungen

---

16 Vgl. Hans-Joachim Reeb, Legitimation von Streitkräften. Entwicklungslinien im historischen Vergleich, in: Information für die Truppe, Reader Sicherheitspolitik V. 1., 42. Jg., Nr. 10, Oktober 1998, S. 2-16, hier S. 2.

17 Detlef Bald, Militär und die Erhaltung des Friedens, in: Mathias Jopp (Hrsg.), Dimensionen des Friedens – Theorie, Praxis und Selbstverständnis der Friedensforschung, Baden-Baden 1992, S. 146.

auch im Bereich der militärischen Öffentlichkeitsarbeit. Die Ausübung der zivilen Kontrolle über die Streitkräfte ist ein Recht des Steuerzahlers, das auch die korrekte Information über die Qualität der Dienstleistungen in dieser Einrichtung beinhaltet.

Auf Ebene des Verteidigungsministeriums wurde noch 1991 eine auf *public relations* spezialisierte Abteilung eingerichtet, die dem Verteidigungsminister unmittelbar unterstellt ist. Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit hat den Dialog mit der Gesellschaft verstärkt und diversifiziert, wobei sie zur Aufrechterhaltung eines glaubwürdigen öffentlichen Bildes der Armee beiträgt. Sie analysiert den Informationsbedarf der militärischen wie zivilen Öffentlichkeit, sie bewertet Qualität und Effizienz der Kommunikation und befaßt sich mit Kommunikationsaktivitäten, die für Armee und öffentliche Meinung gleichsam von Interesse sind. Ein gut informiertes Publikum hat die Möglichkeit, die nationale Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu verstehen und zu analysieren, wodurch es in die Lage versetzt wird, sich eine Meinung über Rolle und Stellung der Streitkräfte in der Gesellschaft zu bilden.<sup>18</sup>

In diesem Sinne fördert das Verteidigungsministerium im *public relations*-Bereich einen Satz von Regeln, den jeder Minister bei seinem Amtsantritt als Garantie der Transparenz in militärischen Einrichtungen unterzeichnen muß:

1. Die Verfassungsvorschriften in Bezug auf das Informationsrecht aller Bürger müssen buchstabengetreu und ihrem Sinne nach respektiert werden.
2. Die von den Massenmedien, verschiedenen Organisationen oder Staatsbürgern erbetenen Informationen müssen vollständig zur Verfügung gestellt werden, wenn dies den Schutz der militärischen Geheimhaltung nicht beeinträchtigt.

---

18 Vgl. Valeriu Tones, *Armee und Öffentlichkeitsarbeit*, in: *Gandirea militara romaneasca*, 3/1998, S. 35-39.

3. Die Armeeingehörigen und ihre Familien können sich einer ständigen Flut allgemeiner und militärischer öffentlicher Information erfreuen, die weder durch Propaganda noch durch Zensur verzerrt wird.
4. Informationen werden nicht zu Geheiminformationen erklärt, nur um das Militär vor Kritik und anderen Unannehmlichkeiten zu schützen.
5. Die Verbreitung von Nachrichten kann nur dann verweigert werden, wenn diese die nationale Sicherheit bzw. die Privatsphäre von Angehörigen des Ministeriums (Soldaten wie Zivilisten) beeinträchtigen würden.
6. Die Politik der öffentlichen Information des Verteidigungsministerium schließt kategorisch jedwede Propaganda aus.

Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt durch Wehrpublizistik, Berichte und Meldungen, Pressekonferenzen, Interviews mit Persönlichkeiten aus der Armee, Veranstaltungen über Fragen der Sicherheitspolitik, Broschüren, Videokassetten sowie einen wöchentlichen englischsprachigen Informationsbrief (Newsletter), der auch im Internet ([www.mil.logicnet.ro](http://www.mil.logicnet.ro)) abrufbar ist. Im Sinne der Transparenz der Armee wird alljährlich in nahezu allen Kasernen der "Tag der offenen Tür" organisiert. Bei diesem Anlaß kann sich das Publikum über das tägliche Leben in den militärischen Einheiten informieren, was zudem die Möglichkeit der Verbesserung der zivil-militärischen Beziehungen auf Garnisonsebene bietet.

Obwohl die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit auch den Auftrag hat, den Kommunikationsprozeß im Inneren des Militärs zu fördern, kann ihr der Vorwurf gemacht werden, Nachrichten zu spät zu verbreiten. Oftmals gelangen Soldaten wie Zivilisten erst über die Massenmedien in den Besitz wichtiger, sie direkt betreffende Informationen und nicht über den hierarchischen, innermilitärischen Weg. Die auf diesem Weg verbreiteten Tatsachen werden teilweise deformiert, wirklichkeitsfremd und tendenziös dargestellt und tragen nicht zur objektiven Information bei.

#### 4.3. *Massenmedien*

Die Massenmedien tragen durch die Informierung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung zur Vertrauensbildung der Bevölkerung gegenüber der Armee bei. Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit hat Erfahrungen ausländischer Spezialisten, die mit Rumänien vertraut waren, verwertet. 1995 wurde an der Wehrakademie ein postuniversitärer Lehrgang für die Offiziere der Öffentlichkeitsarbeit (der erste in einer mittel- und osteuropäischen Armee) eingerichtet, zu dem auch militärische und zivile Journalisten Zugang haben. Aber auch in der Ausbildung des militärischen Führungspersonals werden *public relations*-Fragen nicht vernachlässigt.

Die Erfassung der Bedeutung der Massenmedien kann gerade im militärischen Bereich als entscheidender Schritt bewertet werden: Massenmedien werden heute nicht nur als "das effizienteste und umfassendste Mittel der öffentlichen Kommunikation" gesehen, sondern auch als "vierte Gewalt im Staate" oder sogar als "Wachhund der Demokratie". Zur Zeit hat sich zwischen Verteidigungsministerium und Massenmedien ein Partnerschaftsverhältnis zum Nutzen aller etabliert. Die Armee dient der Presse als Nachrichtenquelle, während die Massenmedien wiederum einen der wichtigsten Kommunikationswege zwischen Armee und Gesellschaft darstellen. Das Wirken der Massenmedien erweist sich für die Armee im großen und ganzen als vorteilhaft.

Zeitgleich mit der Institutionalisierung der Beziehungen zwischen Verteidigungsministerium und Massenmedien durch die Akkreditierung ziviler Journalisten bei der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit nahm der Professionalismus, mit dem die Tätigkeit der Armee in den zivilen Printmedien widergespiegelt wird, und auch die Schärfe, mit der die Journalisten die militärischen Fragen behandeln, zu. Die über 60 akkreditierten zivilen Journalisten sind dazu eingeladen, an allen Veranstaltungen der Armee mit öffentlichem Charakter – auch im Ausland - teilzunehmen. Der tägliche Dialog der Journalisten mit dem Pressereferat und mit *public relations*-Offizieren in den dem Verteidigungsministerium untergeordneten Strukturen, hat sich inzwischen zu einer ständigen Einrichtung entwickelt.

Unter dem Totalitarismus existierte diese informelle Kontrolle der Streitkräfte durch die Massenmedien und die öffentliche Meinung naturgemäß nicht. Die Isolierung des Militärs von der zivilen Gesellschaft wurde durch immer neue Hürden im Hinblick auf militärische Angelegenheiten noch verschärft. Heute sind die Massenmedien ständig bemüht, auch Personalprobleme innerhalb der Armee zu kritisieren, etwa wenn Soldaten in Unfälle verwickelt werden oder Schikanen vorkommen. Allerdings führte das geringe Ausbildungsniveau der Soldaten im *public relations*-Bereich und ihre Ungeschicklichkeit im Umgang mit Journalisten von den Printmedien in der Vergangenheit wiederholt dazu, daß ein negatives Meinungsbild der Armee verbreitet wurde. Mangelnde Kenntnisse der militärischen Kultur bei den Journalisten sind Gründe für manche umstrittene Beiträge zu militärischen Fragen. Auch in der rumänischen Gesellschaft gibt es Interessengruppen, die die Streitkräfte diffamieren möchten.

Trotz alledem unterstützt ein wichtiger Teil der Massenmedien das Bemühen Rumäniens um eine Integration in die euroatlantischen Strukturen (als umstrittenes Ergebnis: eine echte NATOmanie). Die positiven Aspekte im Hinblick auf die militärischen Leistungen unserer Soldaten werden in zivilen Zeitungen und Zeitschriften immer wieder vorgestellt. So bedienen die Massenmedien das nationale Interesse, genauer gesagt, die militärischen Imperative, die zum allgemeinen Interesse der heutigen rumänischen Gesellschaft gehören.

Folglich sollte man berücksichtigen, daß Journalisten eine gesellschaftliche und politische Machtposition innehaben, die in manchen Fällen und bei manchen Personen weit über die Partizipationschancen anderer Gesellschaftsmitglieder hinausgeht.<sup>19</sup> Darum muß die Zusammenarbeit partnerschaftlich und nicht auf feindbildartiger Basis erfolgen. Toleranz und Pluralismus sollten einen stärkeren Einfluß auf die gemeinsamen Anliegen der

---

19 Vgl. dazu Ernest F. Enzelsberger, *Sicherheitspolitik und Massenmedien*, Wien 1998.

Verteidigungspolitik und auf das Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft gewinnen.

## 5. *Armee und Zivilgesellschaft*

### 5.1 *Zur Rolle der Zivilgesellschaft*

Eine (echte) Demokratie beschränkt sich nicht auf politischen Pluralismus und die Institutionen der Gewaltenteilung im Staate. Sie benötigt auch ein öffentliches Leben. In ihrer klassischen Form – Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) und Gewerkschaften – hat die zivile Gesellschaft in Rumänien bislang jedoch keine starken Wurzeln. Zur Zeit gibt es zu ihrer Förderung einen gesetzlichen Rahmen. 1995 gab es zwar offiziell 7.500 NGOs mit über 3,6 Millionen Mitgliedern, die verschiedene Bereiche, einschließlich der Menschenrechte sowie die (ethnischen, religiösen, sexuellen usw.) Minderheitenrechte abdeckten, letztlich in ihren Leistungen jedoch noch nicht effizient genug waren.

Die in etwa 20 Verbände zergliederten Gewerkschaften wirken sich auf den privaten Bereich kaum aus, zudem sind sie auf lokaler Ebene nur unzulänglich vertreten. Die Umgestaltung der ehemaligen "Kulturhäuser der Gewerkschaften" in Bingo-Säle könnte eher die Anpassung der Gewerkschaften an den Kapitalismus beweisen. Durch korrupte Gewerkschaftsführer sind die Gewerkschaften in vielen Fällen von ihren eigentlichen Zielen abgelenkt worden und haben eher politischen Zwecken gedient. Der Fall der Bergarbeitergewerkschaften demonstriert dies eklatant.

Es ist auch wahr, daß die Bürger, angesichts ihrer alltäglichen Not, die Festigung einer lebendigen zivilen Gesellschaft nicht immer fördern. In einer 1998 durchgeführten Meinungsumfrage hatten nur 19 Prozent der Befragten ein hohes Vertrauen in die Nicht-Regierungs-Organisationen, 50 Prozent

hingegen nur ein geringes. Den Gewerkschaften vertrauten immerhin noch 23 Prozent (57 Prozent nicht mehr).

Die überwiegende Mehrheit der Massenmedien befindet sich in Privatbesitz. Medien haben die Rolle der Agora, des alten griechischen Marktplatzes, für die politische, soziale und kulturelle Kommunikation übernommen. Es gibt mehrere TV-Kabel-Gesellschaften und die Menschen haben die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren. Wenn man Englisch, Französisch, Deutsch oder Italienisch (Russisch ist seit Jahrzehnten nicht mehr obligatorisch) versteht, dann ist es möglich, ein Nachrichtenmagazin in ZDF, RTL, CNN oder EuroNews zu verfolgen.

Was die Armee angeht, findet zur Zeit nicht nur ein Prozeß der Umstrukturierung und Modernisierung statt, sondern auch eine breite Öffnung hin zur zivilen Gesellschaft zur Sicherung der Transparenz des militärischen Organismus. Die Transparenz – ohne jedoch die aufgrund der nationalen Sicherheit exklusiven Domänen zu beeinträchtigen – muß Zweck und Konsequenz eines Vertrauensklimas sein, das die zivil-militärischen Beziehungen dominieren sollte. Das Verhältnis der Armee zu Stiftungen und Vereinen, die sich um die Sicherheitspolitik, die militärische Traditionspflege und/oder die Kriegsgräberfürsorge kümmern, ist ausgesprochen gut; es existiert eine wechselseitige Unterstützung.

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Fragen der Verteidigungspolitik ist notwendig für die Formulierung einer auf demokratischen Prinzipien beruhenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Entscheidungen der politischen Klasse in diesem Bereich sollten nicht der Erörterung und dem Urteil der öffentlichen Meinung entzogen werden. Aus dieser Sicht stellen

die Aktivitäten der NGOs, die sich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen, eine demokratische Übung dar. Zwei Beispiele von 1998:

- Im August organisierten die Stiftung "Zivile Gesellschaft" und die Zeitschrift "Sfera Politicii" [Die Politikosphäre] ein Seminar, das zu einem breiteren Programm für die Informierung und Ausbildung des in den staatlichen und Nicht-Regierungs-Organisationen tätigen Personals über das zivil-militärische Verhältnis gehört. Die geäußerten Meinungen im Hinblick auf die zivile Kontrolle über die Streitkräfte waren durchaus kritisch, aber alle Anwesenden waren der Meinung, daß die Zivilgesellschaft, da sich die Armee aufgrund der budgetären Beschränkungen in einer der schwierigsten Phasen ihrer Geschichte befindet, die Pflicht hat, die politische Klasse darauf hinzuweisen, daß es eine Grenze gibt, unter die der Militärhaushalt nicht mehr gesenkt werden darf, wenn die Sicherheit des Landes nicht in Frage gestellt werden soll.
- Im September fand eine von der "Manfred Wörner Stiftung" veranstaltete Debatte mit dem Thema "Die nationale Sicherheitsstrategie Rumäniens aus Sicht der zivilen Gesellschaft" als Antwort auf die Bitte des Präsidenten Rumäniens statt, den Entwurf dieser Strategie, bevor sie dem Parlament vorgestellt wird und in Kraft tritt, durch alle politischen Parteien, die zivile Gesellschaft und die öffentliche Meinung zu erörtern. Neben den Vertretern der NGOs und der Massenmedien, nahmen auch Beamte der Hauptinstitutionen mit Befugnissen in diesem Bereich teil. Der Inhalt des Dokuments rief leidenschaftliche Auseinandersetzungen hervor, was letztlich in einer Überarbeitung und Verbesserung des Vorhabens resultierte.

Die Reform der Armee hat nicht nur technische Aspekte, sondern zielt auch auf Einstellungsveränderungen bei den Soldaten ab. Ihrer Natur gemäß ist die Armee eine autoritäre Einrichtung, was zu mancherlei Spannungen in den zivil-militärischen Beziehungen führt.

Die Politisierung oder besser gesagt die maßlose Ideologisierung aller Bereiche in der kommunistischen Gesellschaft führte in der Vergangenheit dazu, daß der Begriff "Politik" und alles was dazu gehört, einen eher pejorativen Sinn erhielt. Leider bekräftigten die Entwicklungen des rumänischen politischen Lebens nach 1989 diese Vorurteile, die zum Teil auf Mißverständnissen beruhten. Begriffe wie "politische Bildung", "Primat der Politik", "zivile Kontrolle" haben noch nicht dieselbe Bedeutung erlangt wie in den allgemein anerkannten Demokratien, weshalb sie zurückhaltend verwendet werden. Aus diesem Gesichtspunkt ist die Einstellung des Militärs, vor allem des Nachwuchses, gegenüber dem neuen Wertesystem von Interesse.

In einer 1997 durchgeführten Untersuchung über die politische Sozialisation der militärischen Studenten an der Heeresakademie ergaben sich überraschende Antworten auf die Frage der Zustimmung zur zivilen Kontrolle. Die äußerst klar ausgedrückte negative Haltung gegenüber diesem grundlegenden demokratischen Prinzip weist auf die noch relativ geringe Qualität der Beziehungen zwischen Armee und ziviler Gesellschaft hin: Nur 23,3 Prozent der Offiziersanwärter sprachen sich dafür aus. Eine erste Erklärung für dieses Phänomen könnte sein, daß die zivile Kontrolle der Streitkräfte und im allgemeinen die Rolle und die Befugnisse der Armee in einem demokratischen System im Unterricht bislang nicht angesprochen wurden.<sup>20</sup>

Die Antworten der Offiziersanwärter hatten ihren Ursprung eventuell in ihrer Verärgerung über den vermeintlichen Hochmut der Berufssoldaten hinsichtlich Einmischungen in Angelegenheiten der Armee von außen. Andererseits könnte sich das Umfrageergebnis jedoch auch dadurch erklären, daß ein großer Teil der Offiziersanwärter in Fragen der politischen Kultur nicht systematisch ausgebildet wird, sondern bei ihnen vielmehr die kritiklose Übernahme von Meinungen bzw. die unkritische Übernahme einiger Vorstellungen aus den Medien dominiert.

---

20 Vgl. M. Agabrian, Untersuchung über die politische Sozialisation der Offiziersanwärter, in: *Spirit Militar Modern*, 2/1998, S. 13-16.

Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse wurden in die Lehrpläne der Teilstreitkräfteakademien mehrere Themen zur Verbesserung der demokratischen politischen Kultur der Soldaten aufgenommen. Zudem wird das Studium der in den letzten Jahren erschienenen Fachliteratur, vor allem der Übersetzungen westlicher Spezialisten (S. P. Huntington, C.C. Moskos jr., A. Perlmutter, M. Janowitz u.a.), empfohlen. Gleichzeitig ist zu erwarten, daß auch von rumänischen Autoren neue Beiträge über dieses aktuelle Thema erbracht werden.<sup>21</sup>

Was die Verbesserung des Kenntnisniveaus hinsichtlich der zivil-militärischen Beziehungen angeht, hat die Ausbildung im westlichen Ausland eine große Bedeutung. Zwischen 1990 und 1998 wurden etwa 700 rumänische Offiziere im Ausland ausgebildet, viele davon in Deutschland.

Um die erforderlichen Zivilkräfte (zumeist Mitglieder von Parteien und NGOs, die mit Verteidigungsangelegenheiten befaßt sind) auszubilden, wurde bereits im Jahre 1992 nach westlichen Vorbildern das *National Defence College (Colegiul National de Aparare)* eingerichtet. Zukünftige militärische Führungskräfte, aber auch hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien, wurden darüber hinaus im Europäischen Marshall-Zentrum für Sicherheitsfragen in Garmisch-Partenkirchen ausgebildet.<sup>22</sup> In diesem Sinne leistet auch das "Internationale Fellowship-Programm Graf Baudissin", das vom IFSH (mit Unterstützung durch die Volkswagen-Stiftung) durchgeführt wird, einen verdienstvollen Beitrag.<sup>23</sup>

---

21 Etwa von Ionel N. Sava (Hrsg.), *Armata si Societatea* [Armee und Gesellschaft], Bukarest 1998.

22 Vgl. Detlev Herold, Stabilität durch Vertrauen, in: *IFDT*, 2/1998, S.12-19. Die Gesamtzahl der bis Mitte 1998 ausgebildeten rumänischen Lehrgangsteilnehmer betrug 46 (zum Vergleich: Polen 47, Rußland 45, Bulgarien 34, Tschechische Republik 30, Ungarn 22).

23 Vgl. Hans-Georg Ehrhart, Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), *Demokratisierung der Streitkräfte im Kontext europäischer Sicherheit (II)*, Beiträge aus dem Internationalen Fellowship-Programm Graf Baudissin, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 110, 1998, S. 5f.

Ein breites Interesse genießen seit einigen Jahren die von amerikanischen Spezialisten unterrichteten Mobillehrgänge zum Thema "Zivil-militärische Verhältnisse". Diese drei- bis viermal pro Jahr organisierten Aktivitäten, an denen sich sowohl Soldaten als auch Zivilisten beteiligen, finden im Rahmen des "MILTOMIL"-Programms statt. Vor kurzem wurde entschieden, daß bei der Luftwaffen- und Flugabwehrtruppenakademie in Brasov (Kronstadt) ab 1999 das Regionalzentrum für das Management der Verteidigungsressourcen als Filiale eines gleichartigen Zentrums in Monterrey, Kalifornien, eingerichtet wird. In der ersten Phase werden die Kurse, an denen Offiziere aus den PfP-Mitgliedstaaten teilnehmen, von amerikanischen Lehrern bestritten, später soll der Unterricht dann allmählich von Rumänen übernommen werden. Wichtig waren auf diesem Gebiet auch die von ausländischen Stiftungen organisierten Veranstaltungen.

Verschiedene zivile Aufgaben, die die Armee in Notfällen (Überschwemmungen, Erdbeben, Schneestürme) erfüllt hat, tragen zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen Militär und Bürgern bei. Parallel zu der Aufgabe der Streitkräfte, das Verständnis und die Achtung der Gesellschaft zu gewinnen, in die sie eingebunden sind, hat die Gesellschaft selbst auch entsprechende Pflichten gegenüber den Streitkräften. Damit die Streitkräfte die äußere Sicherheit effizient wahren können, ohne die Grenzen ihres eigentlichen Auftrags zu überschreiten, muß die Gesellschaft ihnen Verständnis und Respekt entgegenbringen. Die Angehörigen der Streitkräfte sind zum Wohle ihres Landes eine persönliche Verpflichtung eingegangen, die potentiell unbegrenzt ist und mit Kampfeinsätzen und sogar dem Verlust des eigenen Lebens verbunden sein kann.

Normalerweise muß die Öffentlichkeit daher dazu bereit sein, die Konsequenzen des Militärdienstes zu akzeptieren. Sie muß in vernünftigem Maße darauf vorbereitet sein, persönliche Beeinträchtigungen, die durch ein angemessenes Streitkräftepotential verursacht werden können, zu tolerieren. Die Gesellschaft muß zudem verstehen, daß die Streitkräfte Anspruch auf

einen ausreichenden Sold, ordentliche Unterbringung und angemessene Lebensbedingungen sowie auch Anspruch darauf haben, daß die Bevölkerung des Ortes, in dem Angehörige der Streitkräfte - in der Regel nicht auf eigenen Wunsch - ihren Wehrdienst leisten, diesen und ihren Familien freundlich begegnet. Darüber hinaus muß die Gesellschaft dazu bereit sein, Angehörige der Streitkräfte nach dem Wehrdienst wieder in die zivile Wirtschaft zu integrieren.

Die zivile Gesellschaft könnte den militärischen Reformprozeß dahingehend beeinflussen,

- die Verbesserung des militärischen legislativen Systems zu beschleunigen,
- sowie die Integration der Soldaten in die Gesellschaft zu verbessern und ihre Metamorphose in echte "Bürger in Uniform" zu unterstützen.

Die in der deutschen Bundeswehr existierenden Grundsätze der Inneren Führung sollten hinsichtlich der Möglichkeit ihrer Anpassung an die Lage der rumänischen Armee untersucht werden. Dabei dürfen diese Grundsätze jedoch nicht ihre Essenz verlieren. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß in einem Land, das nur ein niedriges Niveau einer demokratischen politischen Kultur aufwiesen kann und das darüber hinaus auch noch eine Krise durchlebt, die Glaubwürdigkeit der grundlegenden Institutionen abnimmt und die öffentliche Meinung entweder verwirrt, frustriert und unfähig zu einem nennenswerten Widerstand ist bzw. Gefahr läuft, vom Charisma eines militärischen Führers verzaubert zu werden.

In diesem Falle könnte sie dazu bereit sein, einen der drei Interventionstypen (außerhalb des Verfassungsrahmens) des Soziologen S.E. Finer, der zum Verhältnis zwischen verschiedenen Niveaus der politischen Kultur, militärischer Intervention und den dabei verwendeten Methoden gearbeitet hat, anzunehmen, wobei sie bis an den Rande einer Ersetzung der zivilen Administration durch Militärs, im schlimmsten Falle sogar unter eine militärische

Diktatur geraten könnte.<sup>24</sup> Aus diesem Grund sollte die politische Klasse, aber auch die zivile Gesellschaft über weitere Handlungen nachdenken, um die Zukunft der nächsten Generationen nicht endgültig zu kompromittieren.<sup>25</sup>

#### *Exkurs: Militärseelsorge*

Trotz aller Säkularisierungsmaßnahmen blieb die Kirche eine bedeutende Einrichtung unserer Gesellschaft. Obwohl die Aktivitäten der orthodoxen Kirche vor 1989 umstritten waren, zeigen alle bislang in Rumänien durchgeführten Meinungsumfragen, daß die Armee und die Kirche das höchste Vertrauen in der Öffentlichkeit genießen (80 bis 90 Prozent).

Der Reformprozeß der rumänischen Streitkräfte schloß auch die Wiedereinführung der 1948 abgeschafften Militärseelsorge ein. So wurde 1994 ein Referat für Militärseelsorge bei der Hauptabteilung für Verteidigungspolitik eingerichtet, das von einem (zivilen) Priester geleitet wird. Zur Zeit haben alle 37 Militärpriester einen speziellen Lehrgang bei der Wehrakademie für Hohe Militärische Studien absolviert. Administrativ gehören sie zum Zivilpersonal des Verteidigungsministeriums. Die Bemühungen der zivilen und militärischen Angehörigen dieses Referats führten zumindest teilweise zu einer Verbesserung des geistigen und moralischen Zustands der Truppen, wobei die Militärseelsorger religiöse und moralische Prinzipien, darunter die Toleranz, pflegen.

Auch auf diesem Gebiet werden die Beziehungen zu den NATO-Staaten genutzt. Die militärischen Priester nehmen sowohl an theoretischen Veranstaltungen (Konferenzen, Symposien im Ausland) als auch an den Missionen

---

24 Vgl. Samuel E. Finer, *The Man on Horseback. The Role of the Military in Politics*, London 1962, S. 139-140.

25 Vgl. den Bericht des Club of Rome, *Capacity to govern*, Rom 1998.

der rumänischen Truppen im Rahmen des PfP-Programms oder den Friedenserhaltungsmissionen teil.

Nach sechsjähriger Erfahrung und nach der Billigung des "Gesetzes des militärischen Klerus" ergab sich die Notwendigkeit, die Auswahl und Ausbildung der Priester (der verschiedenen Religionsgemeinschaften) zu verbessern, sowie mit neuen funktionalen und effizienten organisatorischen Strukturen zu experimentieren.

## 5.2 *Wehrpflicht oder Berufsarmee?*

Die veränderte Sicherheitslage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, neue Aufgaben für die Streitkräfte und geringere finanzielle Mittel führten in einigen Ländern in letzter Zeit zu einer politischen Diskussion hinsichtlich Beibehaltung oder Abschaffung des Wehrdienstes bzw. einer weiteren Verkürzung der Grundwehrdienstzeit.<sup>26</sup> In neun der 15 NATO-Staaten gab es bis Mitte 1998 die Institution des Wehrdienstes; Frankreich, Spanien und Portugal haben inzwischen jedoch angekündigt, ihre Armeen auf Beruf- und Zeitsoldaten umzustellen. Das Ende des Kalten Krieges – im Verbund mit der Aufrechterhaltung der NATO – rechtfertigt für diese Länder nicht mehr die Aufrechterhaltung einer starken Armee, da sie nunmehr von lebensfähigen kollektiven Sicherheitsgarantien profitieren und ihre Armeen immer mehr in Missionen wie Krisenbewältigung und Friedenserhaltung eingesetzt werden.

Die Debatte über die Abschaffung der Wehrpflicht findet in Rumänien derzeit noch nicht statt. Die Analyse einiger Aspekte einer eventuellen Professionalisierung der rumänischen Armee zeigt, daß diese Lösung, neben unumstrittenen Vorteilen, auch einige Nachteile hätte. So genießt Rumänien

---

26 Vgl. für Deutschland z.B. Jürgen Groß/Dieter S.Lutz (Hrsg.), Wehrpflicht ausgedient, Baden-Baden 1998.

aus geostrategischer Sicht keine kollektive Sicherheitsgarantie. Die Region, in der wir uns befinden, erfordert sowohl eine hohe Verteidigungsfähigkeit – d.h. einen konsistenten Personalumfang – als auch schnell und effizient vorgehende Truppen. Die Modernisierung der Militärtechnologie, die von Spezialisten bedient wird, verlangt gleichfalls eine umfassende und ausdauernde Bildung, was sich nicht allein mit Wehrdienstleistenden umsetzen läßt. Das Hauptproblem für unsere Gesellschaft besteht darin, daß die hohen Kosten einer Modernisierung ohne wirtschaftliche Unterstützung nur auf lange Sicht realisierbar sein dürften.

Man muß berücksichtigen, daß in Rumänien die Armee noch eine bedeutende Sozialisationsfunktion und auch eine nicht unwesentliche erzieherische Rolle hat. Einen anderen Aspekt der Professionalisierung stellt das Verhältnis von Armee und Gesellschaft dar. Ein spanischer Soziologe erklärte einmal, daß eine Berufsarmee riskierte, zu einer "Armee der Klasse" zu werden. Obwohl der heutige Verteidigungsminister die Möglichkeit einer Auflösung des allgemeinen Wehrdienstes ansprach, müssen Für- und Gegenargumente einer Professionalisierung der Streitkräfte nicht nur auf Expertenniveau, sondern auch durch eine auf nationaler Ebene geführten Debatte (wie in Belgien 1993) sehr gut abgewogen werden. Rumänien hat den Vorteil, daß sich bereits die heutige Reform unserer Streitkräfte mit drei schmerzlichen Fragen der Professionalisierung auseinandersetzt: Reduzierung des Personalanteils, die Frage der Ersatztruppe und die Frage der neuen Rekrutierungsformen.

Die Haltung des Nachwuchses gegenüber der Wehrpflicht (Armee im allgemeinen) ist derzeit noch ganz positiv. Von 3.280 Befragten, zeigen 2.805 (85,5 Prozent) eine starke Motivation für die Armee und nur 475 (14,48 Prozent) können als demotiviert für den Wehrdienst betrachtet werden.<sup>27</sup>

---

27 Vgl. M. Rosu/I.Tanasescu, Wie ist die Haltung des Nachwuchses gegenüber der Armee?, in: Spirit Militar Modern, 3-4/1998, S. 12.

Die Quellen dieser Motivation sind sowohl gesellschaftlicher Art als auch innerer Ausdruck mancher individuellen Bedürfnisse:

- vor dem Hintergrund der heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschiebt der Militärdienst die Konfrontation der jungen Leute mit einer nahezu aussichtslosen Jobsuche auf später;
- in den letzten Jahren wurde durch die Schaffung des Status des Zeitsoldaten die Einstellung junger Leute möglich, die zum Teil in der Armee zu bleiben hoffen;
- während des Wehrdienstes kann der Nachwuchs eine Reihe von Berufen für das zivile Leben lernen.

Der Mangel an Motivation für die Ableistung des Wehrdienstes hat folgende Gründe:

- für diejenigen jungen Leute, die bereits angemessene Arbeitsstellen gefunden haben, bedeutet der Wehrdienst die Unterbrechung dieser Tätigkeit, begleitet von der Angst, nachher nicht wieder in den alten Job einsteigen zu können;
- junge Leute mit familiären Sorgen, davon einige, die wichtige Beiträge zur materiellen Unterstützung ihrer Familien leisten, wünschen den Wehrdienst wegen der Konsequenzen ihrer Abwesenheit von zu Hause zu vermeiden;
- Entwertung des militärischen Milieus durch junge Leute mit allgemeinen Anpassungs- und Integrationsschwierigkeiten.

Die Größe des Motivationsindex zur Wehrdienstleistung hängt nicht zuletzt auch vom sozialem Herkunftsmilieu – ländlich/ städtisch – des Nachwuchses ab: So sind junge Leute aus ländlichem Milieu zur Wehrdienstleistung (90,9 Prozent) eher motiviert als ihre Kameraden aus städtischem Milieu (80,1 Prozent), was sich dadurch erklären läßt, daß

- zum einen der Respekt gegenüber traditionellen Werten in einem ländlichen Milieu besser bewahrt werden kann. Zum anderen bedeutet der Militärdienst für viele junge Männer den ersten echten Gang in die Welt;

für viele stellt die Ableistung des Wehrdienstes zudem auch einen Zielpunkt in der persönlichen Geschichte eines Mannes dar, eine Schwelle, deren Überschreiten den Reifezustand bestätigt.

- Die Konfrontation mit den heutigen sozialen Schwierigkeiten – niedriger Lebensstandard, Mangel an der nötigen Qualifikation – könnte im ländlichen Milieu stärker empfunden werden.
- Angesichts der Anforderungen des militärischen Lebens, seinen Entbehrungen und Frustrationen und angesichts der Begrenzung der persönlichen Freiheit scheinen junge Leute aus dem ländlichen Milieu anpassungsfähiger zu sein.

Die je nach Herkunft unterschiedlich ausgefallenen Antworten stellen ein reales Risiko eines sozialen Bruches dar und könnten selbst die Beziehung zwischen Militär und Gesellschaft in Gefahr bringen.

### 5.3 *Zivildienst*

Wehrdienstverweigerer haben ab diesem Jahr die Möglichkeit, einen Dienst ohne Waffe oder Zivildienst in öffentlichen Einrichtungen abzuleisten. In Rumänien hat das Parlament bereits 1996 ein Zivildienstgesetz verabschiedet, das bis 1999 jedoch noch nicht angewendet wurde. Das Verteidigungsministerium, unter dessen Kontrolle der Zivildienst steht, hat inzwischen eine Liste öffentlicher Institutionen zusammengestellt, die bereit sind, Zivildienstleistende einzustellen. Der Zivildienst dauert doppelt so lange wie der Wehrdienst.

Laut den Bestimmungen des Gesetzes können wehrpflichtige Männer den Wehrdienst nur aus religiösen Gründen verweigern, und dies auch nur dann, wenn sie einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft angehören, von der bekannt ist, daß sie den Wehrdienst ablehnt. Rumänische Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen kritisieren daher das Zivildienstgesetz auch als unzureichend. Sie verlangen, daß in Zukunft auch Gewissens- und an-

dere individuelle Gründe für Wehrdienstverweigerer anerkannt werden müssen, und fordern zudem, den Zivildienst zu verkürzen. Der Verteidigungsminister gab zwar zu, daß die gegenwärtigen Regelungen zu restriktiv sind, stellte jedoch keine kurzfristige Änderung des Gesetzes in Aussicht.

In einer im März 1998 durchgeführten Umfrage haben sich 79 Prozent der Befragten gegen eine Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen ausgesprochen; lediglich 16 Prozent stimmten für diese Möglichkeit. In Rumänien liegt die Zahl der potentiellen Wehrdienstverweigerer bei nur ein bis zwei Prozent aller Wehrpflichtigen und betrifft in erster Linie Mitglieder von Religionsgemeinschaften wie den Zeugen Jehovas. Aufgrund ihrer geringen Anzahl haben unsere Militärbehörden Wehrdienstverweigerer in den letzten Jahren stillschweigend toleriert. Die Einziehung der Betroffenen zum Zivildienst wurde in der Regel auf einen Termin nach der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes verschoben.

## 6. *Fazit*

Zur Erfüllung der NATO-Aufnahmekriterien ist es für Rumänien erforderlich, die zivile, demokratische Kontrolle über die Streitkräfte zu verstärken. Hierzu wurde ein verfassungskonformer Rahmen geschaffen. Die rumänische Armee ist Parlament und Regierung unterstellt, und steht unter der unmittelbaren Kontrolle des Obersten Rates der Landesverteidigung unter der Führung des Staatspräsidenten. Die demokratische Kontrolle ist umfassend.

Zur Verbesserung der zivil-militärischen Beziehungen in Rumänien sind noch folgende Maßnahmen vonnöten:

- die Vervollkommnung des gesetzlichen Rahmens;
- die Zunahme des Anteils der auf die Sicherheitspolitik spezialisierten Zivilisten

- die Vergrößerung der Kompetenzen der zivilen Instanzen für die Lösung von Problemen im Verteidigungsbereich;
- die Verbesserung des Verhältnisses zu den Massenmedien;
- die Erweiterung der Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungs-Organisationen;
- die Mitarbeit in den zuständigen parlamentarischen Ausschüssen;
- die Verbesserung des Meinungsbildes der Armee in der Gesellschaft sowie
- die Anerkennung der legitimen Bedürfnisse des Armeepersonals durch die Gesellschaft und insbesondere durch die Parlamentarier.

Nicht weniger bedeutend sind auch die folgenden Faktoren:

- die klare Festlegung der Kompetenzgrenze zwischen den politischen Entscheidungsinstanzen und den Berufssoldaten;
- die Überwindung des "Widerstandes" bzw. der "Feindseligkeit" seitens der Streitkräfte gegenüber der Durchsetzung der zivilen Kontrolle;
- die Erweiterung des Dialogs des Militärs mit der Zivilgesellschaft.

Die Einbindung der Streitkräfte in eine moderne Demokratie ist nicht bloß eine Frage der Festlegung einiger weniger Verfassungsvorschriften, sondern erfordert viel Zeit, gründliches Nachdenken und fortgesetzte Bemühungen vieler Partner, die im Hinblick auf dieses gemeinsame Vorhaben auch gemeinsame Pflichten und Aufgaben haben. Eine bloße Kopie westlicher Muster würde ebenso schädlich sein wie der selbstverordnete Provinzialismus.

Notwendig für unsere demokratische Gesellschaft ist auch die Unterstützung durch die europäischen Institutionen. Der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission schrieb 1995: "Unsere Brüder im Osten, die durch den Verlauf der Geschichte von uns getrennt waren, sind kulturell, geographisch und geistig gesehen genauso Europäer wie wir. Sie aufzuneh-

men ist unsere wichtigste Aufgabe angesichts des Anbruchs des 21. Jahrhunderts."<sup>28</sup> Aber nach fast fünf Jahren scheinen einige der Brüder bestenfalls Stiefbrüder zu sein, wenn sie denn nicht gleich ganz unerwünscht sind.

Die neuen Entwicklungen könnten erneut eine Spaltung Europas in mehr und weniger sichere und unsichere, mehr und weniger stabile und instabile, wohlhabende und arme Staaten und Gesellschaften heraufbeschwören, sogar in eine Neuauflage des Kalten Krieges münden. Was die Zukunft Rumäniens betrifft, glauben viele Rumänen heute, daß viel wichtiger als ihre Aufnahme in die NATO die Unterstützung und Stärkung der reformerischen Bestrebungen ist, die zu einer sozialen Marktwirtschaft, authentischer Demokratie, Pluralismus und sozialer Gerechtigkeit führen sollen. Und dies wäre vielleicht nicht nur im Interesse des Landes, sondern im Interesse ganz Europas.

---

28 Jacques Delors, Europa muß sich reformieren, in: Internationale Politik, 9/1995, S. 12.